

Niederschrift, ö

Gremium	Bezirkstag
Nummer	BezT/002/2020
Datum	Donnerstag, 10.12.2020
Ort	Forum Fürstenfeld, Fürstenfeld 12, 82256 Fürstenfeldbruck
Beginn	09:34 Uhr
Ende	11:52 Uhr

Anwesenheit

Mitglied CSU

Eichiner, Reinhard
 Flössler, Fabian
 Friesinger, Sebastian
 Funke, Annemarie
 Großmann, Rainer, Dr.
 Hausberger, Claudia
 Hobmeier, Karin
 Hofstetter, Franz
 Kern, Michael, Dr.
 Keßler, Martina
 Kriegl, Gisela
 Kuhn, Barbara
 Linhart, Susanne
 Loy, Josef
 Mederer, Josef
 Off-Nesselhauf, Gabriele
 Schindlmayr, Simon
 Schwab, Harald
 Schwarzenberger, Thomas
 Steinberger, Friederike
 von Löwis of Menar, Olaf
 Weiß, Ilse
 Wetzelsperger, Georg
 Wunsam, Günther

Mitglied SPD

Hofmann, Irmgard
 Hügenell, Helga
 Jordan, Elisabeth
 Mickel, Andrea
 Salvermoser, Richard
 Weitzel, Katja

Mitglied Bündnis 90/Die Grünen

Balidemaj, Delija
 Bohr, Sylvio
 Buchwieser, Georg
 Döring, Max, Dr.

Eberl, Ottilie
Goldstein, Ulrike
Halbauer, Jan
Harper, Sophie
Janner, Elisabeth
Merkel, Gina
Neubauer, Martina
Schwaiblmair, Frauke, Dr.
Siebler, Joachim
Speierl, Anton, Dr.
Stüber, Eckart, Dr.
Sturm, Erika
Tuttas, Petra
Wagner, Martin

Mitglied FW

Bayer, Ludwig
Grasser, Maria
Hartl, Sepp
Heigl, Marianne
Hofer, Sepp
Schanderl, Michael, Dr.
Schneider, Rainer
Specker, Konrad
Speer, Anton

Mitglied BP

Dorn, Hubert
Weber, Florian

Mitglied FDP

Baudissin-Schmidt, Barbara Gräfin
von
Berg, Gabriela, Dr.
Münster, Peter
Reuter, Daniel
Wunderlich, Claus, Dr.

Mitglied AfD

Demmel, Christian
Groß, Rainer
Lipp, Oskar
Stanke, Daniel
Wieser, Martin
Robin, Josef

Mitglied ÖDP

Beuting, Rolf
Raschke, Markus

Mitglied Die Linke

Mayr, Maria
Weber, Klaus, Prof. Dr.

Mitglied Tierschutzpartei

Wittmann, Susanne, Dr.

Fraktionslos

Bock, Robert

Verwaltung

Büllesbach, Susanne

Fingerle, Karin

Getzlaff, Stefan

Gräbsch, Dorit

Maja, Renate

Reitmaier, Eveline

Tworek, Elisabeth, Dr.

Weitere Anwesende

Els, Maria, Regierungspräsidentin

Spuckti, Martin

Protokollführerin

Ewerhardy, Angelika

Entschuldigt

Mitglied CSU

Bertl, Alexandra

entschuldigt

Hainz, Birgit

entschuldigt

Mitglied SPD

Asam, Michael

entschuldigt

Hörl, Christina

entschuldigt

Mitglied FW

Gössner, Ute

entschuldigt

Mitglied Die Linke

Kirchner, Stefanie

entschuldigt

Tagesordnung

I. Öffentliche Sitzung

TOP 1	Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung
TOP 2	Haushaltssatzung 2021 und Haushaltsplan mit Anlagen
TOP 3	Umstrukturierung IT
TOP 4	Neuerlass der Geschäftsordnung des Bezirkstags von Oberbayern
TOP 5	Änderung der "Richtlinien für das Prüfungswesen" des Bezirks Oberbayern
TOP 6	Aktualisierung Förderrichtlinien
TOP 7	Überschreitung des geplanten Defizites 2020 bei Kloster Seeon, Kultur- und Bildungszentrum des Bezirks Oberbayern
TOP 8	Hauptamtliche Tätigkeit des Bezirkstagspräsidenten/der Bezirkstagspräsidentin
TOP 9	Beteiligungsbericht Klinische Beteiligungen - Geschäftsjahr 2019
TOP 10	Patientenfürsprache in den kbo Kliniken des Bezirks Oberbayern; Neufassung der Satzung
TOP 11	Antrag der Fraktion der AfD vom 08.07.2020: Moratorium Mobilfunktechnik 5G
TOP 12	Antrag 26 der Fraktion der Linken vom 05.08.2020: Rückführung der kbo-Service-GmbH
TOP 13	Antrag 27 der Fraktion der Linken vom 05.08.2020: Anwendung des TVöD für Klinikgesellschaften
TOP 14	Antrag der Fraktion der AfD vom 10.08.2020: Moratorium E-Mobilität in den Institutionen des Bezirks Oberbayern
TOP 15	Antrag der Fraktion der Linken vom 03.09.2020: Bild- und Tonaufnahmen
TOP 16	Antrag der Fraktion von B90/Die Grünen vom 11.10.2020: Gremienbesetzung
TOP 17	Anträge der Fraktion der Linken vom 15.10. 2020 und der Fraktion der AfD vom 20.10.2020: Zuschuss für den Volksbund deutscher Kriegsgräberfürsorge
TOP 18	Antrag 33 der Fraktion der Linken vom 20.10.2020: Verlegung Beginn Sozialausschuss
TOP 19	Antrag der Fraktion der Linken vom 19.11.2020: Missbilligung Landrat Karmasin
TOP 20	Bekanntgaben und Sonstiges

Bezirkstagspräsident Josef Mederer eröffnet um 09:34 Uhr die öffentliche Sitzung des Bezirkstages, begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Bezirkstages fest.

Bezirkstagspräsident Mederer informiert darüber, dass er in TOP 20 einen Zwischenbericht zu dem Antrag 34 der Linken über das Klinikum Ingolstadt geben wird.

Bezirkstagspräsident Mederer bittet das Gremium, die FFP2-Masken zu tragen, auch am Sitzplatz, und sich an die begrenzte Redezeiten zu halten.

Bezirkstagspräsident Mederer begrüßt Frau Regierungspräsidentin Els.

TOP 1 Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

Beschluss:	einstimmig angenommen
-------------------	------------------------------

TOP 2 Haushaltssatzung 2021 und Haushaltsplan mit Anlagen

Nach den Vorberatungen wird die Haushaltssatzung 2021 mit dem Haushaltsplan und allen Anlagen beschlossen.

Zur Diskussion des Haushaltsentwurfs halten der Präsident und die Vertreter der Fraktionen Reden, die im Folgenden im Manuskript abgedruckt sind.

Haushaltsrede von Herrn Bezirkstagspräsident Mederer

- Es gilt das gesprochene Wort –

Zunächst möchte ich die Gelegenheit nutzen, Sie alle nochmals herzlich zu begrüßen und willkommen heißen. Es ist schön, Sie alle gesund hier begrüßen zu dürfen, was derzeit keine Selbstverständlichkeit mehr ist. Das Jahr hat uns allen viel abverlangt und wahrscheinlich wird es auch die kommenden Wochen und Monate auch noch schwierig werden. Aber wir wollen optimistisch nach vorne schauen und uns gemeinsam so einbringen, dass wir unseren Beitrag dazu leisten können, unsere Aufgaben auch während der Pandemie zu erbringen.

Hierzu gehört es, dass wir uns verantwortungsvoll und auch wertschätzend gegenüber den Kolleginnen und Kollegen verhalten, auch wenn eine andere politische Einstellung vorliegt. Lassen wir folglich auch bitte in den Haushaltsreden kleinteilige Scharmützel außen vor, konzentrieren wir uns auf das Wesentliche und schauen gemeinsam, wie wir die Aufgaben und Zuständigkeiten im Sinne aller weiterentwickeln können.

Die Rahmenbedingungen hierfür haben sich allerdings, wie jedem bekannt ist, deutlich verschlechtert. Noch vor einem Jahr hätten wir uns nicht ausmalen können, was da auf uns zurollt. Uns war zwar bewusst, dass wir mit einer nicht mehr in dem Maße ansteigenden Umlagekraft rechnen dürfen wie die Jahre zuvor, aber diese finanziellen Einbrüche wie sie jetzt im Raume stehen, konnte keiner voraussagen.

Selbst vor Corona hatten wir mit einem Wachstum in 2019 um 1,15 Prozent für den Haushalt 2021 ein relativ schwaches Jahr hinsichtlich der Umlagekraft. Folglich standen wir im Sommer vor der schwierigen Frage, wie wir die daraus entstehende Deckungslücke im Verwaltungshaushalt schließen wollen. In einem normalen Jahr wäre die Antwort relativ einfach gewesen: Wir erhöhen die Umlage um den Betrag, den wir für den Ausgleich des Haushaltes benötigen. Dies hätten wir

auch mit einem ruhigen Gewissen machen können, da die Entlastungen, die vom Bund aus den 5 Mrd. € nach Oberbayern fließen, nennenswert sind. Diese waren für die Eingliederungshilfe vorgesehen und nachdem beschlossen wurde, die 5 Mrd. € auf einem anderen Wege den Kommunen zukommen zu lassen und diese von der Eingliederungshilfe zu entkoppeln, dann müssen wir uns eben unseren Anteil daran über die Bezirksumlage holen. Diese 5 Mrd. € muss man fairerweise auch nennen, wenn die Rufe nach dem Konnexitätsprinzip gegenüber dem Bund lauter werden.

Aber wir haben kein normales Jahr und folglich haben wir mit viel Rücksicht auf unsere Partner in der kommunalen Familie einen Haushaltsplanentwurf in die Diskussion gebracht, der einen stabilen Hebesatz und die Aufnahme von Krediten in Höhe von 50 Mio. € für den Verwaltungshaushalt vorsah.

Dieser Vorschlag wurde intensiv mit den Landrätinnen und Landräten sowie zahlreichen Kämmerinnen und Kämmerern Ende September diskutiert. Und was war das Resultat: Wir wurden aufgefordert, die Umlage lieber jetzt moderat zu erhöhen und heuer auf eine Aufnahme von Krediten für den Verwaltungshaushalt zu verzichten. Dies wurde zwar nicht einstimmig so gesehen, aber doch mehrheitlich und daran erinnere ich jetzt auch gerne, die damaligen Äußerungen nicht zu vergessen und diese auch standhaft zu vertreten.

Also schlagen wir nunmehr einen Hebesatz von 21,7 Pp vor.

Uns ist allen sehr viel wohler bei dem Gedanken, den Haushalt 2021 nur im Vermögenshaushalt mit Krediten zu finanzieren. Aber wie sich der Haushalt 2022 dann finanzieren lässt, kann derzeit noch nicht abgeschätzt werden. Zum Glück haben wir alle gemeinsam seit 2011 sehr entschieden unsere Schuldenlast getilgt. Wir kommen von einem Höchststand von 135 Mio. €, Ende 2011 hatten wir noch 90 Mio. € Schulden und erwarten zum Jahresende noch 1,2 Mio. Da kann man, zwar ein wenig zähneknirschend, einer Aufnahme von Krediten in Höhe von 12,1 Mio. € in 2021 zustimmen.

Auch unsere Rücklage setzen wir ein, um den Hebesatz 2021 zu stützen. Knapp 40 Mio. € aus der Rücklage werden eingesetzt und der Bestand auf knapp 25 Mio. € zurückgefahren. Jeder weiß, dass dies schon sehr nah an der gesetzlichen Mindestrücklage dran ist, die 19,5 Mio. € beträgt.

Aber wie sehen denn die finanziellen Hilfen und Unterstützungsleistungen von Bund und Freistaat für die kommunale Familie aus? Einerseits ist an dieser Stelle der Ausgleich der Gewerbesteuer ausfälle zu nennen. Diese Unterstützungsleistung durch den Bund und den Freistaat in Höhe von 2,4 Mrd. € ist ungemein wichtig und wir sind dafür auch sehr dankbar. Es zeichnet sich aber ab, dass es mit dem einjährigen Ausgleich nicht getan sein könnte, wir werden über dieses Thema in 2021 wohl auch nochmals sprechen müssen, wenn sich abzeichnet, dass die wirtschaftliche Gesundung noch länger dauern sollte. Eine Kompensation der Beteiligung an der Einkommenssteuer ist nicht vorgesehen und dies ist die größte Lücke, die die kommunale Familie stemmen muss. Hierfür wird allerdings den Kommunen vom Bund zur Stützung noch bis zu 75 % der Kosten der Unterkunft erstattet. Hiervon profitieren die Landkreise und kreisfreien Städte, jedoch nicht die Bezirke, da die KdU nicht in die Berechnung der Umlagekraft mit einbezogen wird. Für Oberbayern kann hierbei mit einer Entlastung von knapp 100 € gerechnet werden, von einem Programm des Bundes zur Stützung der Kommunen. Auf dieses Programm kann in Kreistagssitzungen auch gerne hingewiesen werden, wenn es eventuell über die Umlage an den Bezirk Oberbayern geht.

Ansonsten wurde der FAG 15 Topf des Freistaates für die Bezirke um 15 Mio. € erhöht. Hieraus erwartet der Bezirk Oberbayern Mehreinnahmen gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 31,4 Mio. €. Nach dem Tiefststand von 47,8 Mio. € aus 2020 ist dies eine leicht positive Entwicklung, aber von einer nennenswerten Kostenbeteiligung des Freistaates an der Finanzierung des Bezirks Oberbayern sind wir noch immer weit entfernt. Aber eine wichtige Bemerkung wurde im Protokoll zum FAG noch mit aufgenommen, nämlich dass sich der Freistaat offen zeigt hinsichtlich einer Beteiligung an den coronabedingten Mehrkosten der Bezirke. Über welche Summe wir dort sprechen müssen, lässt sich derzeit noch nicht umreißen.

Und die Ausgabensteigerungen, die wir dieses Jahr im Bereich des Einzelplan 4 haben, sind auch wieder beachtlich. Wir rechnen im Jahr 2021 damit, dass die Änderungen durch das BTHG, und das Angehörigenentlastungsgesetz voll durchgreifen. Darüber hinaus sind wir in der Pflicht, auch unseren Partnern bei der Leistungserbringung, die Großraumzulage zu erstatten. Diese Positionen kommen zu den üblichen Fallzahlensteigerungen und Entgeltsteigerungen hinzu, so dass wir im Einzelplan 4 eine Zuschussbedarfssteigerung gegenüber dem voraussichtlichen Rechnungsergebnis in Höhe von 140 Mio. € erwarten.

Das sind Mittel, die erwirtschaftet werden müssen. Das sind Aufgaben, die erfüllt werden müssen. Aber es ist kein Umstand, und das sage ich ganz entschieden, der dafür sorgen darf, reflexartig die Standards nach unten zu schrauben. Wir haben eine Verantwortung und wir müssen alles daran setzen, die bestehenden Strukturen der Eingliederungshilfe zu erhalten.

Auch die Kosten bei der Hilfe zur Pflege gehen nach oben. Fallzahlensteigerungen im ambulanten und stationären Bereich, steigende Entgelte und auch hier die Großraumzulage fordern uns gewaltig. Unterm Strich verzeichnen wir in diesen beiden Bereichen ein Plus beim Zuschussbedarf von über 28 Mio. € gegenüber dem erwarteten Rechnungsergebnis 2020. Wobei über 116 Mio. € für die ambulante Hilfe zur Pflege unmittelbar die Landkreise und kreisfreien Städte entlastet, von denen wir die Aufgabe 2018 übernommen haben.

Problematisch sind weiterhin die Individualbegleitungen und zwar nicht nur im Schulalter, sondern auch im Vorschulalter. Mittlerweile sprechen wir über mehr als 50 Mio. €, in diesen Bereichen und haben Jahr für Jahr Steigerungsraten im zweistelligen Prozentbereich. Das Ende der Fahnenstange ist hierbei nicht in Sicht. Es ist meines Erachtens dringend eine rechtliche Änderung geboten und wie es gehen kann, haben bereits Pilotprojekte gezeigt. Jedoch müssen bislang bei diesen Pilotprojekten alle Eltern zustimmen und auf ihren individuellen Anspruch auf Begleitung verzichten, ansonsten funktioniert es nicht.

Die Schulbegleiter, die unseres Erachtens besser direkt bei den Schulen angesiedelt sein sollten, um stärker in das Schulsystem, in die Abläufe integriert zu sein und auch - so ist meine Meinung - die Inklusion besser voranzutreiben, als dies bei der strikten Zuordnung zu einem einzelnen Schüler, einem einzelnen Kind der Fall ist. Mittlerweile haben wir einen so hohen Kostenrahmen erreicht, für eine Lösung, die wir als nicht optimal betrachten. Umso wichtiger ist es, dass wir dieses Thema alle aufgreifen und dort platzieren, wo es uns möglich ist. Vielleicht gelingt es uns gemeinsam, den Freistaat zu überzeugen, hier seiner Pflicht nachzukommen und die Aufgaben zu übernehmen. An Geld kann und darf so eine wichtige Frage nicht scheitern, man muss sich immer fragen, was die sinnvollste, was der beste Weg ist. Und wenn wir ehrlich sind, Steuergeld ist Steuergeld, ob es nun dem Freistaat oder den Kommunen zugeordnet ist. Letztlich haben wir die Verantwortung, damit sorgsam, wirtschaftlich und sparsam umzugehen, und da darf sich nicht der Freistaat nicht mit dem Argument der Finanzierung verweigern.

Aber es gibt auch über positive Entwicklungen zu berichten. Unser ambulant psychiatrischer Krisendienst erweist sich als hilfreiches Instrument in der Krisenbewältigung und hat sich voll und ganz bewährt. Hier haben wir die Standards gesetzt und damit eine wirkliche Verbesserung in der Versorgungsstruktur in Oberbayern geschaffen. Insbesondere während des Lockdowns und der psychischen Belastung vieler in der Pandemie hat gezeigt, wie essentiell notwendig dieses Angebot ist.

Nicht nur die Ausgaben, sondern auch die Aufgaben steigen an. Wir benötigen dringend Personal, das diese Aufgaben auch bewältigen kann. Insgesamt tun wir uns wie alle anderen öffentlichen Arbeitgeber im Ballungsraum München schwer, geeignetes Personal zu finden. Wir haben jedoch gute Argumente, die für uns als attraktiven Arbeitgeber sprechen. Vor allem können wir neben schönen, gut angebundenen Büroräumen auch mit bezahlbarem Wohnraum werben, den wir zur Verfügung stellen können. Wir planen mit unserer OH, weitere 100 Wohnungen für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in Haar zu bauen. Weiter setzen wir intensiv auf eigene Ausbildung. Wir haben mittlerweile über 150 zumeist junge Menschen in Ausbildung in unterschiedlichen Bereichen bei uns. Dies ist zwar zunächst finanziell und personell eine Belastung, aber auch eine sinnvolle Investition.

tition in die Zukunft. Wer bei uns gelernt hat, weiß den Bezirk als Arbeitgeber zu schätzen und bringt seine Arbeitskraft hoffentlich möglichst lange bei uns ein.

Aber wir dürfen nicht im status quo verharren, wir müssen die Dinge weiter vorantreiben. Deshalb haben wir auch das Projekt „Bezirk 2030“ ins Leben gerufen, um uns grundsätzliche Überlegungen zu den vielschichtigen Themen des Bezirks zu machen, diese gebündelt zu behandeln und weiterzuentwickeln. Nachdem sich die Verwaltung erste Gedanken gemacht hat, haben wir politisch viele Stunden Arbeit in das Projekt gesteckt. Aber diese Arbeit ist auch gut investiert, da es um richtungsweisende Entscheidungen für den Bezirk geht. Und ich bin bereits jetzt sehr gespannt wie die Ergebnisse, die wir im Plenum im Sommer beschlossen haben, nun in die ersten Umsetzungsschritte gehen.

Und diese grundlegenden Überlegungen sind auch nötig, wenn man sich nur einmal anschaut, was wir derzeit an baulichen Herausforderungen vor uns haben, exemplarisch an wenigen Beispielen:

Hinsichtlich der Nepomuk von Kurz Schule in Ingolstadt gilt es, weitere Schritte zur baulichen Realisierung zu machen. Auch unser Volksmusikarchiv wird im kommenden Jahr weiter beplant. In unserem Kloster Seeon konnte der Umbau der Küche und des Tagungsrestaurants fertig gestellt werden. Nun steht der Umbau der Zimmer an. Auch auf der Glentleiten steht weiter die Infrastruktur auf dem in der Umsetzung sowie der Beginn des Aufbau Oberbayern Nord. Ein wichtiger Baustein bei der Weiterentwicklung der Glentleiten.

Dass der Haushalt 2021 vor dem Hintergrund der finanziellen Einbrüche der Corona-Pandemie so einvernehmlich zwischen den Budgetverantwortlichen und der Kämmerei aufgestellt wurde, hat mich gefreut. Vor allem die Rückmeldung, dass jeder Budgetverantwortliche verzichtet hat, dass überall die „Bremse“, die wir im Haushalt in den Bereichen, die wir beeinflussen können, akzeptiert und mitgetragen wurde, ist bemerkenswert. Deshalb darf ich an dieser Stelle nicht nur meinen großen Dank an die Kämmerei aussprechen, sondern auch an die Budgetverantwortlichen, die ihre Budgets schon in 2020 vorbildlich angesichts der Veränderungen durch Corona gesteuert haben und sich so zielführend in den Haushaltsaufstellungsprozess eingebracht haben.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass wir den Hebesatz trotz der großen Herausforderungen in diesem Jahr nur moderat erhöhen müssen, wir können unsere Aufgaben erfüllen, wir können die ambulante Hilfe zur Pflege und die Eingliederungshilfe finanzieren. Allerdings müssen wir Mittel aus der Rücklage entnehmen und wir müssen 12,1 Mio. € Schulden aufnehmen. Wenn wir im kommenden Jahr mehr Erkenntnisse über die Auswirkungen der Corona Pandemie haben, werden wir vollkommen offen über den Hebesatz 2022 reden müssen. Folglich glaube ich, dass dies ein Haushalt ist, dem man, trotz aller vor uns liegender Unwägbarkeiten und Risiken mit gutem Gewissen zustimmen kann.

Haushaltsrede von Herrn Bezirksrat Loy (Fraktion CSU)

- Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin,
sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident,
verehrte Vizepräsidenten,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bezirk Oberbayern,
verehrte Bezirkstagskolleginnen und –kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

wer von uns hätte es vor einem Jahr geahnt, dass sich das gesellschaftliche Zusammenleben der Menschen ab dem März 2020 grundlegend verändert. Große und in der Wirkung unterschiedliche Auswirkungen sind seit dem 16.3. allerorten zu spüren. Haben sich die Zeiten geändert? Nein, die Erde dreht sich weiterhin um die Sonne, die Jahreszeiten wechseln sich ab, Geburt, Leben und Tod, bestimmen den Alltag.

Und doch haben sich die Lebensinhalte geändert. Kontaktsperrern, Schutzmaßnahmen, Desinfektionen, Testungen, die Sehnsucht nach Impfstoffen und die Hoffnung nach der sogenannten Lebensnormalität bestimmen den Alltag.

Vor allem die Kultur leidet enorm. Die Kultur ist doch der Pulsschlag der Lebensqualität Oberbayerns.

Und dieser Pulsschlag hat sich vermindert, ist leise geworden und hat sich oft zu sehr verabschiedet. Wir setzen alle Zuversicht auf kulturelle Normalität in den nächsten Monaten. Bleiben wir zuversichtlich und voller Hoffnung.

Daneben müssen wir unseren Aufgaben und der Verantwortung gegenüber den Menschen in Oberbayern gerecht werden.

Die Bezirksverwaltung, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, unser Kommunalunternehmen kbo, alle Bezirkseinrichtungen und unsere Baugesellschaft haben sich vorbildlich angestrengt, Lösungen erarbeitet und angeboten, um unserem Auftrag, auch während der CORONA-Pandemie gerecht zu werden.

Dafür unsere Anerkennung und unseren herzlichen Dank.

Heute sollen wir uns ja auf das Wesentliche konzentrieren und unsere Redebeiträge kurz halten.

Deshalb nur einige Schlaglichter auf die erreichten Maßnahmen und Investitionen.

- Verabschiedung und Umsetzung unseres Zukunftsmodells Bezirk 2030+
- Entscheidungen zur Großraumzulage
- Verabschiedung neuer Förderrichtlinien
- Weiterentwicklung des Arbeiter- und Industriemuseums

Sozialer Bereich

- Errichtung von Pflegestützpunkten
- Weiterentwicklung des Erfolgsmodells „Krisendienst“
- Weiterentwicklung des Fallmanagements

Unser Unternehmen kbo

- Bewältigung der Herausforderung aus der CORONA-Pandemie
- erfolgreiche Stellenbesetzungen in Leitungspositionen
- Neu- und Umbau Kinderzentrum, Neubau Klinikzentrum Wasserburg
- Ausbau Klinikstandort Weilheim mit STÄB-Angebot

Kultur

- Modernisierung und Ausbau unserer Bildungseinrichtung im Kloster Seon
- Entwicklung von Neubaumaßnahmen in Amerang
- Ausbau des Freilichtmuseums der Glentleiten, mit Oberbayern Nord und Museumspädagogik
- Entwicklungskonzept für den Volksmusikstandort Bruckmühl, Hier auch unser kräftiger Dank an Ernst Schusser und beste Wünsche zum Ruhestand.
- Standortsuche für die Joh. Nepomuk von Kurz Schule in Ingolstadt
- Digitale und virtuelle Bildungsangebote in den Schulen

Die Umstrukturierung unserer IT-Gesellschaften, mit der Zusammenführung von den Abteilungen kbo und Bezirk, unter einem Dach. Damit erreichen wir eine effiziente, schlagkräftige und zukunftsorientierte Lösung. Unser IT muss sich den Herausforderungen der Aufgabe von Bezirk und kbo stellen und dazu qualifizierte und engagierte Mitarbeiter beschäftigen.

Die Zielrichtung bestimmt die Aufgaben der beteiligten Unternehmen.

Über all unserem Tun, all unseren Entscheidungen und Aktivitäten, vergessen wir nicht die Men-

schen in Oberbayern, denen wir verpflichtet sind.
Ausrichtung unserer sozialen Verantwortung, auf den Hilfebedarf des Einzelnen blicken.

Lösungen für eine möglichst barrierefreie Teilhabe entwickeln, das ist unsere Aufgabe.

Förderung der Kultur in Oberbayern, mit den Mitteln, die uns zur Verfügung stehen. Dabei können wir mit kleinen Beiträgen schon viel Qualität fördern.

Dazu braucht es eine auskömmliche und gesicherte Finanzlage. Dazu dient der Haushalt 2021, den wir heute verabschieden.
Alle Abstimmungen in den Referaten, Abteilungen, Ausschüssen und Gremien sind erfolgreich und mit großer Selbstbeherrschung abgewickelt worden.

Die Finanzleitung unter Herrn Getzlaff und Frau Hirschhuber haben ein großes Werk vorbereitet.

Unser Gesamtvolumen liegt bei 2,25 Mrd. Euro im kommenden Jahr, mit folgenden Eckpunkten

- der Haushalt ist genehmigungspflichtig
- Kreditaufnahmen sind gerechtfertigt, wenn damit Investitionen getätigt werden
- der Haushalt ist wirtschaftlich, sozial und kostenbewusst aufgestellt

Die Bezirksumlage ist mit 21,7 Pkt. Hebesatz vorgeschlagen und mit der kommunalen Familie abgestimmt. Der Stellenplan ist auf die Herausforderung des kommenden Jahres ausgerichtet.

Wie die künftige Finanzentwicklung aussieht, kann heute niemand mit Sicherheit sagen. Deshalb keine Schreckensszenarien oder Heilsbotschaften. Mit dem Haushalt 2022 beschäftigen wir uns in einem Jahr.

Was mir und uns Sorge bereitet, ist der stetig steigende Sozialhaushalt und der Hilfebedarf. Hier muss in gemeinsamer Anstrengung von Bund, Land und kommunaler Familie an tragbaren und finanzierbaren Lösungen gearbeitet werden, ohne dass die betroffenen Menschen auf der Strecke bleiben.

Zum Haushaltsentwurf für 2021.

Die CSU-Fraktion stimmt dem Stellenplan zu.

Die CSU-Fraktion stimmt dem Hebesatz mit 21,7 Punkten zu.

Die CSU-Fraktion stimmt dem Haushalt, dem Wirtschaftsplan und dem Finanzplan zu.

Am Ende meiner Ausführungen möchten wir, die CSU-Fraktion, uns bedanken

- bei unserem Präsidenten, der mit hoher Verantwortung und unermüdlichem Engagement, die bezirkliche Zukunft voran treibt
- bei unseren Vizepräsidenten
- bei allen unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Abteilungsleitungen, Referatsleitungen, Bereichsleitungen und Fachberatungen
- bei unserem starken Unternehmen kbo und allen, die zum aner kennenswerten Erfolg unserer Kliniken beitragen
- bei unserer Baugesellschaften OH und DH
- bei unseren Kooperationspartnern, den Freien Wählern und der SPD
- bei allen Kolleginnen und Kollegen des Bezirkstages von Oberbayern, für die Zusammenarbeit

Gemeinsam mit der CSU-Fraktion wünschen wir Ihnen besinnliche Adventstage, friedvolle und gesegnete Weihnachten im Kreis Ihrer Familien und Gemeinschaften.

Für 2021 stabile Gesundheit, Kraft, Glück, Zuversicht und viel Hoffnung auf positive Veränderungen.

Das Wohl unseres Bezirkes Oberbayern soll uns weiterhin Richtschnur bleiben.
Gottes Segen für uns alle, unsere schöne und lebenswerte Heimat und unseren Bezirk Oberbayern.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Haushaltsrede von Frau Bezirksrätin Neubauer (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

- Es gilt das gesprochene Wort –

Bei den Vorbereitungen auf die heutige Debatte – hier vielen Dank an Herrn Getzlaff und Frau Hirschhuber, die uns den Haushalt in einer digitalen Konferenz erläuterten

– habe ich natürlich in meine letztjährige Rede geschaut. Dort stand zur Einleitung:

- „*Mindestzuführung – kein Problem,*
- *Fallzahlsteigerungen – noch kein Problem,*
- *Schuldenabbau – kein Problem“*

Ein Jahr später stimmen diese Aussagen nicht mehr. Für etliche Jahre werden wir einerseits mit den Umlagezahlern heftige Debatten zur Notwendigkeit des Umlagesatzes führen und wir werden andererseits intern Debatten bekommen, ob wir nicht doch bei der Versorgungsqualität für Menschen mit Behinderung und Menschen mit psychischen Erkrankungen, bei der Umsetzung der UN-BRK, bei der Weiterentwicklung des BTHG, bei der Hilfe zur Pflege, bei der Kulturarbeit Einsparungen vornehmen sollen/können, ob wir beim Personal Einsparungen vornehmen oder ob wir am Ende gar den Verwaltungshaushalt über Kreditaufnahmen finanzieren sollten. Mit uns GRÜNEN wird es dies alles nicht geben! Wir werden auch weiterhin die Menschen im Blick haben. Wir stehen zu den Aufgaben der Bayerischen Bezirke!

Das war kein Blick in die berühmte Glaskugel. Die ersten Ausläufer haben wir doch schon – und zwar insbesondere aus den Reihen der CSU. Da fallen der ehemalige Kollege aus dem Bezirkstag und heutige LT-Abgeordnete Ernst Weidenbusch, Landrat Löwl aus Dachau oder Landrat Karmasin aus FFB besonders auf, deren unsachliche Kritik ist klar und populistisch zugleich. „Lasst uns bei den Aufgaben der Bezirke sparen, dann geht es uns gleich besser“. Liebe CSU: Hier erwarten wir nicht nur Worte, sondern auch entsprechendes Handeln in Euren Gremien und kein Wegducken.

Zu den unwürdigen Verhandlungen zum FAG 15 ist nichts zu sagen. Wir haben für alle bayerischen Bezirke 1 Mrd. € aus dem Topf gefordert. Leider haben Sie alle, wie Sie hier sitzen, in der Sitzung des Hauptausschusses des Bay. Bezirkstags diese Forderung nicht mitgetragen. Immer schön bescheiden bleiben und den Kopf einziehen anstatt selbstbewusst und klar in die Verhandlungen zu gehen. Es ist ohnehin mehr als zweifelhaft, dass in jedem Jahr für die Erfüllung gesetzlicher Aufgaben gefeilscht werden muss.

Corona-Pandemie

Versäumen möchte ich an dieser Stelle aber nicht, der Verwaltung, den Kliniken, unseren Einrichtungen aber auch den Verbänden unseren Respekt auszusprechen. Dem Bezirksjugending der mit seinen Gliederungen die Jugendarbeit durch ein schwieriges Jahr gebracht hat und mit kreativen Ideen und Formaten dafür gesorgt hat, dass Teilhabe für junge Menschen gestaltet wurde.

Es war und ist eine positive Überraschung, dass bereits bei der 1. Welle unbürokratische,

pragmatische Lösungen gefunden werden konnten. Das sollten wir auch außerhalb von Zwängen durch eine Pandemie durchhalten. Vielen Dank dafür!

Bei aller Kritik an der neuerlichen Umstrukturierung der IT unterstützen wir dieses Vorgehen und werden den Prozess kritisch-konstruktiv begleiten; in der Hoffnung, dass weitere Synergien und Stabilität erreicht werden.

Wir werden auch weiterhin unsere Finger in die Wunden legen. Sei es beim Klimaschutz, bei der Kultur- und Heimatpflege oder im gesamten Zuständigkeitsbereich des Einzelplans 4.

Dass wir heute unsere Geschäftsordnung anpassen müssen, ist auch dem geschuldet, dass wir eine Gruppierung im Gremium haben, die die vertrauensvolle Zusammenarbeit aller demokratischen Mitglieder zerstört hat. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass unsere Demokratie nicht von Vertretern, die wissenschaftliche Erkenntnisse leugnen, die Verschwörungserzählungen in die Welt setzen oder unterstützen, weiter gefährdet wird. Hier setze ich auf die Kraft und den Zusammenhalt aller demokratischen Fraktionen für eine solidarische, vielfältige und offene Gesellschaft.

Haushaltssatzung

Wir werden der Haushaltssatzung zustimmen. Wir stimmen dieser zu, weil wir sehen, dass der Hebesatz ein guter Kompromiss ist zwischen unseren Bedarfen und den Möglichkeiten der Umlagezahler. Wir stimmen dem Haushalt zu, weil er auskömmlich aufgestellt und in allen Fachgremien sowie im Bezirksausschuss durchleuchtet und beraten wurde.

Wir erwarten, dass im Bezirkstag weiterhin für eine solide Finanzierung der bayerischen Bezirke gekämpft wird; mit Duckmäusertum kommen wir nicht weiter. Und wir erwarten, dass die demokratischen Parteien hieran mitarbeiten, dass der Freistaat über die Einhaltung des Konnexitätsprinzips und eine solide finanzielle Ausstattung seiner Verpflichtung nachkommt.

Wünsche

Ihnen allen ein schönes Weihnachtsfest, eine geruhssame Zeit „zwischen den Jahren“. Bleiben Sie gesund und lassen Sie uns mit Mut und Zuversicht die Aufgaben gestalten. Für ein vielfältiges, soziales und offenes Bayern!

Haushaltsrede von Herrn Bezirksrat Hofer (Fraktion Freie Wähler)

- Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin,
verehrtes Präsidium,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich fragte 2009, während der Leeman Pleite einen Mann, mit dem ich geschäftlich zu tun hatte, was er denn von der momentanen Krise hält.

Der Mann, schon leicht gebückt und ergraut, hat mich angeschaut, gelächelt und gesagt: Wissen Sie Herr Hofer, ich bin jetzt 40 Jahre an der Börse tätig als selbständiger Börsenmakler und habe schon so viele Krisen erlebt, dass mich das völlig kalt lässt. Denn merken Sie sich eins: Solange Menschen arbeiten und konsumieren können geht es immer wieder weiter.

An diese Worte habe ich mich heuer im März erinnert als uns der sogenannte „lockdown“ bevorstand. Ich habe mir gedacht: Verdammt, dann können wir nicht mehr arbeiten und konsumieren.....

Albert Führacker sagte im Sommer beim bayerischen Bezirkstag: Bei der Leeman Pleite waren in Deutschland 1,2 Millionen Menschen in Kurzarbeit, jetzt bei Corona sind 1,5 Millionen Menschen in Bayern in Kurzarbeit. Das ist der Status Quo und wenn wir uns die Prognosen für die nächsten Jahre anschauen stellen wir fest, dass das Domino noch gar nicht umgefallen ist. Trotzdem ist unser Haushalt 2020 nicht zum „Streichkonzert“ geworden.

Den Einzelplan Verwaltung mussten wir etwas anheben,

- weil es uns wichtig ist, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gerade in dieser Zeit anständig bezahlt werden, auch das Kurzarbeitergeld haben wir aufgestockt,
- weil es uns wichtig ist, dass wir sie weiterbilden können,
- weil es uns wichtig ist, dass wir junge Leute aus- und weiterbilden können.

Das werden uns unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter danken, dessen bin ich mir sicher!

Der Einzelplan Kultur, obwohl es freiwillige Leistungen sind, bleibt fast unangetastet,

- weil wir wissen, dass Kunst und Kultur kein Luxus ist, sondern notwendige Nahrung für die Seele,
- weil wir wissen, dass der Mensch ohne Kunst und Kultur verroht.

Und, Liebe Kolleginnen und Kollegen,

- weil wir wissen, dass es nur 80 Jahre her ist, dass Menschen mit Behinderung furchtbare Erlebnisse erfahren mussten. Eine Zeit, in der Menschen als lebensunwert, unheilbar oder ökonomisch unbrauchbar eingestuft werden, darf es in unserer Gesellschaft nie mehr geben.

Und darum wissen wir, dass es an unserer Erinnerungskultur nichts, aber auch gar nichts zu rütteln gibt!

Dasselbe gilt für den Einzelplan Schulen.

Auch hier wissen wir, dass die Bildung unserer jungen Menschen kein Luxus ist. Gerade die Bildung bei unseren jungen Menschen mit Behinderung ist eminent wichtig. Und wer schon mal in Johanniskirchen bei der Abschluss Feier war und in die Kinderaugen geschaut hat, die gerade ihre Abschlüsse gemacht haben und ihr Zeugnis erhalten.....Ich weiss nicht, wie es euch geht, aber ich bin immer sehr gerührt.....

Und da gibt es doch Kreisräte, auch Landräte, die in diesen Tagen auf die Bezirke schimpfen und meinen, wir würden das Geld leichtfertig ausgeben. Da fällt mir ein Filmtitel ein von 1955, der da heißt: „Denn sie wissen nicht was sie tun“!

Dass es bei uns Bezirken seit Jahren zu geht wie auf dem Hamburger Fischmarkt, wo immer noch was drauf gepackt wird, und immer noch was und immer noch was.....

Bundesteilhabegesetz, Bayerisches Teilhabegesetz, Angehörigenentlastungsgesetz, Hilfe zu Pflege, steigende Fallzahlen, dann vielleicht noch ein paar unbegleitete minderjährige Flüchtlinge..... oder sei es aber auch das Niveau, auf das wir uns in den Jahren hinauf geschraubt haben.....was die Regierung in Berlin beschlossen hat, was die Oppositionsparteien vehement gefordert haben.....

Liebe Kolleginnen und Kollegen, beim Hamburger Fischmarkt bekommt man wenigstens was, wir Bezirke bekommen nur noch mehr Aufgaben, wenig Ausgleich. Und die Kommunalmilliarden, die eigentlich für diese Aufgaben gedacht waren, haben sich die Landkreise eingeheimst und tun so, als wüssten sie von nichts!

Vielleicht haben sie es aber auch doch gewusst und haben deshalb notgedrungenener Weise oder vernünftigerweise der Erhöhung der Bezirksumlage um 0.7% zugestimmt.

Uwe Brandl, Chef des bayerischen Gemeindetages, sagte vielleicht nicht zu Unrecht vor einiger Zeit: „Die sozialen Wohltaten müssen auf den Prüfstand“.

Damit wir uns richtig verstehen: Dabei meine ich nicht unbedingt das Korrigieren nach unten.

Wenn ich mir die Löhne von Pflegekräften oder Reinigungspersonal anschau, dann würde ich eher nach oben justieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Fraktion der Freien Wähler wird dem Haushalt zustimmen, wir haben für heuer und nächstes Jahr getan was wir tun konnten. Was kommt wissen wir nicht!

Der Zukunftsforscher Mathias Horx hat gesagt: Corona hat unsere Zukunft durcheinander gebracht.

Ich bin gespannt was schwerer wiegt, die wirtschaftlichen oder die gesellschaftlichen Schäden, die uns Corona beschert hat.

Ich weiss es nicht! Wissen Sie es?

Herzlichen Dank an die Mitarbeiter des Bezirks, Euch und uns Allen alles Gute für die Zukunft, dass wir bald wieder vernünftig Arbeiten und konsumieren können und natürlich unserem politischen Diskurs nachgehen können.

Danke!

Haushaltsrede von Frau Bezirksrätin Hügenell (Fraktion SPD)

- Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin Els, sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident Mederer, sehr geehrtes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren
Ich werde nun im Namen der SPD-Bezirkstagsfraktion zum Haushalt 2021 Stellung nehmen. Dabei werde ich nicht auf alle Themen und Beschlüsse eingehen, dies haben wir den Ausschüssen mit unseren Entscheidungen in Blick auf 2021 mitgetragen. Kurz möchte ich noch auf das laufende Jahr eingehen, dies war und ist immer noch sowohl für die Verwaltung, die Einrichtungen und Beteiligungen des Bezirks und der geförderten Einrichtungen und Träger durch die Pandemie sehr herausfordernd, sowohl in der Organisation als auch finanziell, aber auch für uns als Bezirksrätinnen und -räte. Es war viel Flexibilität und schnelles Handeln gefordert und unterstützende Beschlüsse nötig gerade für die Betroffenen, als Beispiele seien genannt Schulbegleitung im Home-schooling und eine Weitergewährung der Zuschüsse im Lockdown, die Einrichtung von Home-office-Arbeitsplätzen für bezirkliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die nötige Digitalisierung. Die IT haben wir ja noch als eigenes Thema auf der Tagesordnung. Dafür allen ein großer Dank. Die Pandemie wird uns auch im Jahr 2021 noch begleiten und keiner/keine kann die finanziellen und gesellschaftlichen Auswirkungen abschätzen.

Und nun zum Haushalt 2021

Die Kämmerei hat vorausschauend frühzeitig mit allen Referaten, Einrichtungen und Verhandlungspartner*innen die Haushaltsverhandlungen eingeleitet unter den schwierigen finanziellen Bedingungen mit der Maßgabe, wenn überhaupt, massvolle und dringend notwendige Erhöhungen vorzunehmen. Frau Hirschhuber und Herr Getzlaff haben uns in der Fraktion ausführlich den Haushalt erläutert und unsere Nachfragen hinlänglich beantwortet.

Für das Gespräch mit den Landrätinnen und Landräten u. Bürgermeister*innen als Umlagezahler*innen – gab es Optionen: Neuverschuldung um ca. 50 Mill. oder eine Erhöhung der Umlage um 0,7 %. Das Ergebnis war eine überwiegende Zustimmung zu einer Umlageerhöhung auf 21,7 %. Für das aus unserer Sicht gute und vernünftige Verhandlungsergebnis - vielen Dank an Sie Hr. Bezirkstagspräsident Mederer und Hr. Getzlaff als Kämmerer. Wir als SPD Fraktion hatten ja unsere großen Bedenken in den Vorgesprächen zum Haushalt hinsichtlich Kreditaufnahme für den Verwaltungshaushalt geäußert – auch vorausschauend auf das Haushaltsjahr 2022.

Eine Kreditaufnahme in Höhe von 12,1 Mill. für den Investitionshaushalt ist aus unserer Sicht vertretbar. Investitionen sehen wir auch in finanziell schwierigen Zeiten als notwendig an. Damit haben wir die Situation, dass wir seit Jahren erstmalig keinen genehmigungsfreien Haushalt aufstellen. Der kontinuierliche Schuldenabbau war uns sehr wichtig – Stand zum 31.12.2020 1,2 Mill.

Positiv ist, dass endlich wieder die FAG Mittelzuweisung des Freistaats erhöht wurde, wenn auch nicht sehr üppig, dies war unabhängig von Corona längst überfällig bei ständig steigenden Pflichtaufgaben. Dies bedeutet Mehreinnahmen von 5,3 Mill., damit steigt der FAG-Anteil für Oberbayern auf 79,2 Mill, im Vergleich zum Vorjahr 31,4 Mill. mehr. Jetzt bleibt abzuwarten, ob auch die Bezirke für die coronabedingten Mehraufwendungen vom Freistaat eine Unterstützung erfahren.

Eine kurze Einlassung zu den Rücklagen - ein Ansatz von 39,7 Mill. ist im Haushaltsentwurf für 2021 nur möglich, weil die geplante Entnahme von rund 50 Mill. für 2020 nach Schätzungen mit 13,8 Mill. wesentlich geringer ausfiel. Damit planen wir mit Rücklagen von 24,8 Mill. zum Jahresende 2021 – damit mit ca. 5 Mill. über der Mindestrücklage. Aus unserer Sicht ist eine ausreichende Rücklage auch in finanziell schwierigen Zeiten notwendig um Unwägbarkeiten abfedern zu können. Insgesamt ist zu sagen der Haushaltsvorschlag ist solide aufgestellt, spart nicht im Sozialbereich und bei allen anderen Feldern wurde abgewogen zwischen Notwendigkeit und trotzdem einer gewissen Weiterentwicklung in den verschiedenen Tätigkeitsfeldern – wie gewohnt mit großer, soweit, wie möglich Sicherheit in den Ansätzen bei den Unwägbarkeiten im Moment, wie wir unsere Kämmerei kennen.

Nun zum Einzelplan 4 Soziales und Jugend

Steigerung um 139,4 Mill. Euro. Diese Steigerungen haben viele Gründe – Pflichtaufgaben, steigende Fallzahlen, Übernahme der Ballungsraumzulage und Jobticket auch bei den Einrichtungen und Trägern, was wir ja auch eingefordert haben, keine Kürzungen bei den freiwilligen Leistungen, aber es zeigt deutlich wo wir als Bezirkstag die Prioritäten setzen und nicht sparen im Sozialbereich nicht den Rotstift ansetzen.

Auffallend ist aus unserer Sicht, dass bei der Mobilitätshilfe mit 200 Leistungsberechtigten weniger kalkuliert wird, obwohl der Zugang durch Anhebung der Vermögens- und Einkommensfreigrenzen im Rahmen des BTHG erhöht wurde, das erschließt sich uns nicht, das werden wir genauer hinterfragen und ggf. eine Nachsteuerung einfordern. Nur die Erhöhung der Pauschale durchzusetzen ändert nichts Grundsätzliches. Im Bereich der Individualbegleitung, insbesondere bei Kitas haben wir enorme Kostensteigerungen, auch im Schulbereich, das spiegelt den Wunsch im Rahmen der Inklusion Regeleinrichtungen zu besuchen, aber Individualbegleitung ist nicht immer Inklusion.

Im Rahmen eines Modellprojekts entwickelt der Bezirk und die LH München Rahmenbedingungen an vier Standorten für inklusive Kindertageseinrichtungen um dem Versorgungsdefizit für Kinder mit Behinderung entgegenzuwirken. Wir regen an die Erkenntnisse aus dem Modellprojekt in die Fläche zu bringen und auch in anderen Kommunen das Konzept einer inklusiven Kita voranzutreiben. Im Schulbereich, wie schon mehrfach angemahnt, braucht es ebenfalls andere Ansätze.

Aufbau Pflegestützpunkte – nimmt eine positive Entwicklung 6 sind bereits unterzeichnet – 3 weitere in Vorbereitung und für 2 weitere gibt es gute Ansätze, damit sind wir einen großen Schritt weiter Wohnort umfassend zu beraten auch über Leistungen des Bezirks, das haben wir ja beschlossen und gewünscht. Beim psychiatrischen Krisendienst wird es ab Feb. endlich eine Bayernweite einheitliche Telefonnummer geben, dies ist eine technische Herausforderung. Der weitere zeitliche Ausbau ist auf den Weg gebracht.

Im Bereich Kultur – Schulen – Jugend

Für die bezirkliche Jugendbildung wurden die Grundlagenverträge mit dem Bezirksjugendring und Jugendbildungsbildungsstätten abgeschlossen. Aus unserer Sicht ist ein wichtiges Signal, dass wir für die jugendpolitische Bildung in beiden Bereichen jeweils 25.000 Euro eingestellt haben, dies begrüßen wir ausdrücklich. Um alle unsere Leistungen und Aufgaben zeitnah erfüllen zu können braucht es ausreichend Personal – die Personalgewinnung und Haltung beschäftigt uns ja durchgängig auch bei unserem Kommunalunternehmen.

Unter anderem haben wir Belegungsrechte bei der Oberbayerischen Heimstätte um sozialverträglich günstigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Ein umfangreiches Fort- und Weiterbildungsprogramm wurde beschlossen. 2030 plus wurde mit Priorisierungen in allen Bereichen in diesem Jahr beschlossen und folgerichtig für die Umsetzung auch Gelder im Haushalt 2021 eingestellt.

Die begleitende beschlossene Arbeitsgruppe aus Politik und Verwaltung halten wir für wichtig. Unser Kommunalunternehmen stand und steht durch die Pandemie vor großen Herausforderungen bei der psychiatrischen Versorgung der Menschen in Oberbayern. Die Dezentralisierung hat weiterhin hohe Priorität – Aufbau von wohnortnahen Tageskliniken und Institutsambulanzen und die Schaffung alternativer Versorgungsangebote.

Im Namen der SPD Fraktion stimmen wir dem Haushalt 2021 zu. Wir sind der Auffassung, dass wir trotz der herausfordernden Zeiten gute Entscheidungen getroffen haben, auch im Blick auf das Jahr 2021 gute Vorhaben planen, neue Akzente setzen in Richtung Inklusion – die weitere Umsetzung des BTHG's wird uns auch in 2021 beschäftigen, ebenso wie die Ausgestaltung des Kulturbereichs, der Klimaschutz und die Ökologie in Oberbayern. Auch die Pandemie wird uns im Jahr 2021 noch fordern. Im Namen der SPD bedanke ich mich bei allen Leitungen und Beschäftigten der Bezirksverwaltung, unserer Kliniken, Einrichtungen sowie unseren Partnerinnen und Partnern in diesen sehr schwierigen Zeiten die Anliegen und Aufgaben zu bewältigen und auch die Zukunft Oberbayerns zu gestalten.

Unser Dank geht auch an den Bezirkstagspräsidenten, die Koop-Partner*innen und die Bezirkstagskolleg*innen für die meist gute und konstruktive Zusammenarbeit zum Wohle der Bürger*innen in Oberbayern, der Mensch muss im Mittelpunkt stehen und den Anliegen des Bezirks auch im kommenden Jahr.

Ich/wir wünschen ihnen und ihren Familien trotz der persönlich, sicherlich auch beruflich, herausfordernden Zeiten ein geruhames Weihnachtsfest und ein gutes Neues Jahr und bleiben Sie gesund.

Haushaltsrede von Herrn Bezirksrat Demmel (Fraktion AfD)

- Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin,
sehr geehrter Herr Präsident,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,

der Haushalt 2021 soll heute beschlossen werden.

Zunächst bedanken wir uns insbesondere bei der Finanzverwaltung, Herrn Getzlaff und Frau Hirschhuber für die, wie immer, hervorragende Aufbereitung und Präsentation der Daten. Wir bedanken uns auch bei allen Beteiligten in den Verwaltungen, Institutionen vor Ort, in den Krankenhäusern, Werkstätten, Schulen und Heimen. Dort wurden und werden komplexe Lösungen gefordert und hart daran gearbeitet, den „Betrieb“ aufrecht zu erhalten. Vielen Dank für diesen Einsatz!

Der Haushaltsplan 2021 zeigt einmal mehr die Komplexität und den Umfang der Aufgaben und Herausforderungen, die der Bezirk meistern muss. Ganz besonders heute, in den Krisenzeiten unter dem Einfluss von CoVid-19 und den Einschränkungen und Mehrbelastungen für alle. Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit Corona hat sich fast ALLES geändert.

*„Die Grundlagen für ein solides und tragfähiges Finanzfundament sind vorgegeben:
genehmigungsfreier Haushalt
keine Kreditaufnahme
keine Verpflichtungsermächtigungen
sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung“*

So beschrieb der Fraktionsvorsitzende der CSU, Herr Loy, noch bei der letzten Haushaltsrede die Situation für das Jahr 2020. Heute wissen wir, dass die Realität leider diametral in die entgegengesetzte Richtung zeigt.

Genehmigungspflichtiger Haushalt
Kreditaufnahme
Verpflichtungsermächtigungen
Erhöhung des Umlagehebesatz auf 21,7%
Zugriff auf Rücklagen

Die Folgen der Corona-Krise werden uns alle noch lange beschäftigen und durch die drastischen Maßnahmen der Einschränkungen kommt es zu gewaltigen Einbrüchen auf der Einnahmenseite! Der fast komplette Stillstand der Wirtschaft wird die Quelle der Mittel womöglich weiter zum Versiegen bringen.

Die Leistungsfähigkeit der Leistungsträger ist gesunken, was wir an der sinkenden Umlagekraft klar erkennen müssen und der Tiefpunkt ist leider noch lange nicht erreicht.

Ob die Gelder über die EU, Bund, Länder oder direkt über die Kommunen kommen – erwirtschaftet werden müssen diese immer vom steuerzahlenden Bürger und Unternehmer!

Das Drucken von Geld ist immer nur geliehenes Geld und verschiebt die Schuld auf spätere Generationen. Auf der anderen Seite erhöht sich die Zahl der Leistungsberechtigten, die auf die Hilfe der Bezirke und andere Leistungsträger angewiesen sein werden, rasant.

Wir wissen heute nicht, wie sich z.B. die Impfungen auf die heutige Gesundheit und die unserer Nachkommen auswirken und welche Schäden durch die Maßnahmen noch kommen. Wie diese Situation gemeistert werden soll, können wir heute nicht abschließend und präzise wissen.

Und deshalb muss heute besonders auf das Wesentliche geachtet werden, damit wir unser soziales Engagement aufrechterhalten und Hilfsbedürftigen anständig helfen können.

Als Alternative für Deutschland appellieren wir daran, dass sich der Bezirk auf die essenziellen Aufgaben konzentriert und jede Maßnahme, die nicht zu den Pflichtaufgaben der sozialen Absicherung unserer Klientel gehören, kritisch zu prüfen und im Zweifel sofort auf Eis zu legen.

Wir können es uns nicht leisten, Experimente und Projekte zu fördern, die einseitigen Ideologien und Überzeugungen entspringen, ohne diese finanzieren zu können und ohne auf der Grundlage evidenzbasierter Forschung zu stehen.

Die Bürger haben ein Recht und einen Anspruch auf die Erfüllung der Kernaufgaben

Der Bezirk Oberbayern erfüllt wertvolle soziale und kulturelle Aufgaben für die Bürger als zugewiesene Pflichtaufgaben. Er ist aber nicht Teil wie auch immer gearteter, ideologisch belasteter "Transformationsbestrebungen" nach der Agenda 2030 der UN. Selbst, wenn unsere Agenda Bezirk 2030+ scheinbar sich genau daran orientiert.

Es sind noch viele Fragen offen, die seriös geklärt werden müssen. Auch in Umweltfragen. Welche Techniken werden einem realistischen Naturschutz gerecht, ohne noch mehr Umweltbelastungen und Schäden durch E-Mobilität und Windkraft zu verursachen? Wasserstoff und moderne Atomkrafttechniken müssen hier ebenso mitgedacht werden.

Sehr geehrter Herr Präsident Mederer, die AfD hat Sie vor zwei Jahren kennengelernt, als einen sehr engagierten, hochkompetenten und sozialen Menschen, der sich für die Sache im Bezirk mit viel Herzblut und Vernunft eingesetzt hat.

Bleiben Sie sich und dieser Linie treu, auch wenn es Ihnen schwer gemacht wird und Sie unter anderem von der Grünenpolitik stark beeinflusst werden.

Vielleicht sind es auch die Vorgaben Ihres Ministerpräsidenten, um die künftige schwarz/grüne Koalition zu fixieren?

Sehr geehrte Damen und Herren, zu den Inhalten empfehlen wir Ihnen die Lektüre des Protokolls in schriftlicher Form.

Die AfD Fraktion stimmt dem Haushaltsplan 2021 mit großen Bedenken noch einmal zu. Im nächsten Jahr werden wir aber ganz genau hinschauen und klar fordern, den Umständen entsprechend, diszipliniert Rechnung zu tragen.

Ich wünsche Ihnen allen im Namen der Fraktion der Alternative für Deutschland gute Gesundheit, Durchhaltevermögen und Kraft zur Überwindung dieser Krise und trotz alledem besinnliche Feier-

tage.

Vielen Dank an die Bezirksrätinnen und -räte, die sich mit uns sachlich und fair auseinandergesetzt haben.

Frieden, Freiheit, Weisheit und Gesundheit uns Allen und den Mut zum Selberdenken!

Inhaltliche Anmerkungen:

Das BTHG und Angehörigen-Entlastungsgesetz

Die Umsetzung und Finanzierung der Gesetze stellen für die Bezirke große Herausforderungen dar.

Das Angehörigen-Entlastungsgesetz ist eine große Variable, dass wir noch immer nicht genau wissen, welche Kosten auf die Leistungsträger zukommen.

Wir halten es für angebracht, eine laufende, jährliche Überprüfung durchzuführen und zu beobachten, wie sich dieses Gesetz auswirkt.

Wir erwarten hier Unterstützung durch den Bund als „Auftraggeber“, das Konnexitätsprinzip muss hier klar zur Anwendung kommen und eingefordert werden.

Jugendhilfe

Die „Große Lösung“ - jetzt zur inklusiven Lösung weiterentwickelt - fällt künftig in die Zuständigkeit der Jugendämter.

Der Bedarf an Fachpersonal kann heute und auch in naher Zukunft nicht adäquat gedeckt werden. Neben den hohen Umstellungskosten, ist auch hier wieder nicht geklärt, wer diese Kosten tatsächlich tragen soll.

Uns sind die Teilhabe, Inklusion und Partizipation aller Kinder und Jugendlichen sehr wichtig. Unsere zivilisierte Gesellschaft hat selbstverständlich die Aufgabe, insbesondere Kindern und Jugendlichen mit Behinderung, ein würdiges und chancengerechtes Leben inmitten der Gesellschaft zu ermöglichen.

Wir sind der Meinung, dass Eltern bei ihrem verfassungsmäßigen Erziehungsauftrag unterstützt werden müssen. Umso mehr, wenn sich in der Familie ein Kind mit Behinderung befindet.

Abzulehnen sind aber Bestrebungen, die die Rechte der Familien/Eltern immer mehr auf den Staat übertragen. Gerade auch bei Kindern mit Behinderung, ist eine starke Familie, subsidiär unterstützt durch den Staat, wichtig.

Pflegestützpunkte

Die Bürgerinnen und Bürger können zu allen Fragen der Pflege und Altenhilfe eine umfassende Beratung aus einer Hand erhalten. Der Ausbau der Pflegestützpunkte schreitet voran und wird von immer mehr Landkreisen und Städten angenommen. In manchen Kreisen besteht hier wohl noch einiges an Überzeugungsarbeit und Aufklärung. Wir hoffen, dass diese Hemmnisse schnell beseitigt werden.

Außendarstellung

Der Bezirk wird von einigen Außenstehenden in den Kreistagen manchmal etwas verkannt und als zu mächtig und reich empfunden. Dabei wird wohl der Haushalt von rund zwei MRD gleichgesetzt mit einem derartigen Vermögen. Dass der Bezirk u.a. durch die Übernahme der häuslichen Pflege zur stationären Pflege und durch die Errichtung der Pflegestützpunkte die Kreise von vielen Pflichten und Kosten entlastet, ist scheinbar noch nicht endgültig bei allen Beteiligten angekommen. Hier sollte der Bezirk auf noch bessere Transparenz und Aufklärung setzen.

Sozialberatung/Begleiter

Bei der Gelegenheit möchte ich einen Punkt anmerken, der sicher nicht neu ist, aber auch aufgegriffen werden könnte. Viele Menschen in schwierigen Situationen kennen nicht ihre Rechte und

Möglichkeiten sozialer Hilfsangebote und müssen sich durch den Dschungel der Dienstleister schlagen. Auch hier wäre ein neutraler Ansprechpartner von Vorteil, der diese Menschen berät und ihnen Orientierung, Rat und Hilfe gibt, wünschenswert. Und sei es nur als Unterstützung bei Bearbeitung und dem Ausfüllen von Formularen. Manche Menschen sind dabei völlig überfordert und verzichten dann auf ihnen zustehende Leistungen. Vielleicht kann man da mal darüber reden.

PKHG / Krisendienste

Die Errichtung des bayernweiten Krisendienstes für psychische Notfälle mit einer telefonischen Notrufnummer ist nun schon fast in „trockenen Tüchern“. Die Entscheidung zur kostenlosen 0800 Nummer und der Erreichbarkeit 24/7 ist zu begrüßen. Wir denken, dass sich dieses Modell erfolgreich zeigen wird und wir hoffen, dass es sich bundesweit durchsetzen kann.

Kulturarbeit

Jüdisches Leben existiert seit 1700 Jahren hier in Deutschland und ist fester, integraler Bestandteil unserer christlich-jüdisch-abendländischen Kultur. Wertvolle und große Beiträge von Juden in Kunst und Wissenschaft haben unsere Kultur mitgeprägt.

Die Biografien und Schriften auf den jüdischen Grabsteinen müssen unbedingt gesichert werden. Wir begrüßen alle Bemühungen, gegen Antisemitismus, Hass und Gewalt!

Um die Menschen heute daran zu erinnern, wozu der Mensch leider imstande war und ist und welche Gräueltaten begangen worden sind, ist es wichtig, die heutigen Generationen aufzuklären und darauf hinzuwirken, dass es niemals wieder zu solchen Taten kommt!

Das Projekt "virtuelle Karten" zu NS-Verbrechen, trägt sicher zu dieser Aufklärung und Erinnerung bei. Wir bezweifeln aber, dass es dazu geeignet ist, Antisemitismus wirksam zu bekämpfen und die jüdischen Mitbürger zu schützen. Antisemitismus in Deutschland kommt nicht aus der Mitte der Gesellschaft, sondern vielmehr aus drei Gruppen:

1) Linksextremisten 2) Rechtsextremisten und 3) Extremistische Islamisten

Nur der genaue Blick auf ALLE diese Gruppen kann uns helfen, destruktives Denken und Gewalttaten zu verhindern und ein friedliches Miteinander zu gewährleisten.

Volksbund Kriegsgräberfürsorge

Der „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge“ soll im Jahr 2021 wieder einen Zuschuss von 7500 Euro erhalten. Da der Volksbund nicht nur Kriegsgräber von Opfern der Weltkriege pflegen lässt, sondern auch einen wertvollen Beitrag zur Erinnerungskultur und Aufklärung darstellt, ist es wichtig und richtig, den Bund auch weiterhin zu unterstützen. Die Fraktion der Alternative für Deutschland im Bezirkstag beantragt die Erhöhung des Zuschusses für den „Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge“ (Haushaltsstelle 75000.71800 im Haushalt 2019) ab dem Jahr 2021 auf 12.000 Euro.

Diese Erhöhung sehen wir hier trotz der angespannten Finanzlage als sinnvoll an, da dem Volksbund aufgrund der Coronakrise massiv Spendengelder wegbrechen und die wertvolle Arbeit dadurch gefährdet wird. Wir regen unsere Kulturbeauftragten an, hier mit dem Volksbund in Kontakt zu treten, um die Entwicklung zu klären.

Umweltschutz

Der Umweltschutz, Erhalt der Vielfalt der Arten und die Pflege unserer Natur und Gewässer muss selbstverständlich sein. Nur das „Wie“ muss stets aus mehreren Perspektiven betrachtet werden.

Wir unterstützen sinnvolle Maßnahmen, die dem Schutz der Umwelt und Natur dienen, wollen aber auch kritisch darauf hinweisen, alternative Lösungen zu diskutieren, bevor wir unreflektiert in eine Richtung gehen und vielleicht mehr Schaden als Gutes bewirken.

Der Weg in den CO2 neutralen Bezirk mit dem Ausbau der E-Mobilität ist unseres Erachtens ein Irrweg. Das sicher mit bester Absicht gedachte Ansinnen, unser Klima zu retten, entspricht leider

nicht der Realität.

Mittlerweile wissen wir, dass die Produktion von Elektroautomobilen und Windkraftträdern mehr Energie und Ressourcen verbraucht, als diese Technologien jemals wett machen könnten. Ganz im Gegenteil wird die Umwelt dadurch schwer belastet. Ja, wohl nicht bei uns, aber dafür überall dort, wo die seltenen Erden und Rohstoffe abgebaut werden und überall dort, wo die Menschen in den Gebieten darunter schwer leiden müssen.

Außerdem werden die meisten Rohstoffe, die zwingend zur Produktion der E-Automobilität und auch der Windkraftträder benötigt werden, ausgerechnet aus Ländern wie China, Afrika, Indien und Südamerika bezogen. Vor allem China ist hier als Hauptlieferant zu benennen. Dieser Fakt ist auch bei allen Überlegungen dringend zu beachten. Wir dürfen uns durch diese Situation nicht von China abhängig machen, sondern müssen auch auf Eigenversorgung und Autarkie bauen.

Wir warnen davor schon in dem Projekt „Bezirk 2030+“ vor einer einseitigen Betrachtung und einer vorauszusehenden Täuschung. Ohne „Plan B“ ist es mindestens fahrlässig, sich hier in tiefes Gewässer zu begeben.

Wenn wir die Umwelt, in der wir alle leben, erhalten wollen, müssen wir vielmehr auf Techniken setzen, die schon gut erforscht sind und weiter daran forschen.

Dabei – und da sind wir uns mit dem Bezirkstagspräsidenten einig – muss auch auf Wasserstofftechnik gesetzt werden, wie es nunmehr auch die EU kapiert hat.

Ebenso sind es die modernen Atomkraftwerke, die einer gewünschten CO₂ Neutralität und dem Umweltschutz wirklich dienlich wären und dabei eine stabile Energieversorgung sichern würden. Die Forschung in diesem Bereich geht weiter und mittlerweile gibt es Reaktoren, Dual-Fluid-Reaktor (DFR), bei denen die Sicherheit gewährleistet werden kann und ein beinahe restloser Verbrauch des Spaltmaterials erfolgt. Unsere Nachbarländer sind hier schon einen Schritt weiter. Die Agenda 2030 der UN fordert Nachhaltigkeit! Schauen Sie auf die Ökobilanz insgesamt. Von der Produktion bis zum Einsatz vor Ort.

Digitalisierung, E-Government, Datenschutz*

Der Digitalisierung stehen wir grundsätzlich förderlich gegenüber, um Abläufe zu beschleunigen, Menschen zu entlasten und Umwelt zu schonen. Digitalisierung soll Menschen unterstützen – nicht schaden und nicht verdrängen.

Den Ausbau und die Anwendung in bezirklichen Einrichtungen mit dem 5G Standard empfehlen wir aber so lange zurückzustellen, bis eine Gefährdung von Menschen, Tier und Natur ausgeschlossen werden kann.

Zahlreiche Wissenschaftler und Experten warnen eindringlich vor 5G und gehen von umwelt- und gesundheitsgefährdenden Auswirkungen aus.

Aus gesundheitspolitischer Betrachtung heraus, lehnen wir eine flächendeckende Einführung dieser Technik zum heutigen Stand entschieden ab.

In China wird 5G insbesondere zur flächendeckenden Überwachung der Bürgerinnen und Bürger verwendet.

Das „social scoring (Sozialkredit-System)“ stellt einen Versuch der totalen Kontrolle der Bevölkerung durch die Vergabe von „Punkten“ für (aus Sicht der herrschenden Kommunistischen Partei Chinas) wünschenswertes Verhalten, bzw. deren Entzug für negatives Verhalten, dar. Das System geht einher mit einer quasi allgegenwärtigen Überwachung, aus deren Daten sich ein Großteil der Punktevergabe speist. Hierzu wird das soziale und politische Verhalten von Privatpersonen, Unternehmen und anderen Organisationen (wie z. B. Nichtregierungsorganisationen) zur Ermittlung ihrer „sozialen Reputation“ analysiert. Wer ein zu niedriges Punkte-Level erreicht, muss mit Einschränkungen im alltäglichen Leben, etwa beim Zugang zu sozialen Diensten oder der Arbeitsplatz- und Ausbildungssuche, rechnen. Das Ziel besteht darin, die chinesische Gesellschaft durch eine umfassende Überwachung zu mehr „Aufrichtigkeit“ im sozialen Verhalten und mehr politischer Loyalität zu erziehen.

(Quelle: Wikipedia)

Zustände eines solchen totalitären Systems werden wir als AfD hier nicht dulden.

Bedrohung von Kommunalpolitikern

Menschen, die sich ehrenamtlich in den Dienst der Bürgerinnen und Bürger stellen, müssen einen besonderen Schutz vor Gewalt, Hass und Hetze erfahren.

Wir begrüßen daher die Ansprechstellen bei den Staatsanwaltschaften für Kommunalpolitiker und auch, dass das Einstellen von Verfahren bei Geringfügigkeit, zukünftig die Ausnahme sein soll. Insbesondere die politische Einflussnahme durch Anwendung von physischer oder psychischer Gewalt muss klar geächtet und hart bestraft werden.

Kampf gegen Extremismus

Wer heute einen Kampf gegen „Rechts“ fordert, sollte sich fragen, inwieweit dieser auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung steht. „Rechts“ oder „Links“ sind nicht zu bekämpfen, sondern sind Meinungen und politische Ausrichtungen und müssen in der Meinungsvielfalt und Demokratie als Teil derselben mitberücksichtigt und diskutiert werden.

Anders liegt es hier klar bei der Bekämpfung von Extremismus! Extremismus ist die Anwendung von Gewalt und/oder der Versuch, die freiheitlich demokratische Grundordnung mit illegalen Mitteln zu schädigen oder das demokratische System zu verändern.

Gegen derartige Bemühungen werden wir uns als Alternative für Deutschland stellen und jeden Extremismus bekämpfen. Egal, woher dieser kommt.

Politische Bildung

Politische Bildung ist zu begrüßen. Doch darf diese politische Bildung nicht dazu benutzt werden, irgendwelche Ideologien in die jungen Kinderhirne zu implementieren, die nur eine Seite und nur eine Meinung oder Gesinnung zulässt.

Demokratie ist die Toleranz der Meinungsvielfalt und der Freiheit des Individuums.

Die Kinder und Jugendlichen sollen in der politischen Bildung den Begriff „Demokratie“ als solchen lernen, wie er angedacht ist. Demokratie bedeutet, diese auch praktisch zu leben.

Wie funktionieren Demokratie und das Staatswesen. Warum ist es wichtig, nicht ein Einparteiensystem zu haben?

Welche Bestandteile einer demokratischen, freiheitlichen und rechtsstaatlichen Republik gibt es? Warum ist eine Gewaltenteilung wichtig und welche Aufgabe haben die Oppositionsparteien? Warum gibt es neben dem Regierungskabinett ein Parlament? Warum Föderalismus? Worin unterscheidet man politische Richtungen und wo sind Grenzen zu Extremismus zu ziehen?

Politische Bildung als Ergänzung zur Wissensvermittlung zur Schule im Sozialunterricht vermittelt selbständiges, freies Denken und keine Denk- Meinungs- und Handlungsverbote.

Inklusion

Die Inklusion von Menschen mit Behinderung ist eine der originären Aufgaben des Bezirks. Diese Aufgabe erfüllt er mit Bedacht und Vernunft unter Berücksichtigung aller Konventionen und Gesetzesvorgaben. Dabei richtet der Bezirk sich nach dem Wohl des Betroffenen. Die Teilhabe jedes Menschen an der Gesellschaft ist wichtig und die AfD begrüßt, Menschen mitzunehmen und zu integrieren. Der Mensch wird dabei als Individuum betrachtet und als solches individuell und optimal gefördert. Darum setzen wir auf weitere Unterstützung und den Erhalt von speziellen Fördereinrichtungen, um als Träger der Eingliederungshilfe den Menschen mit körperlichen und/oder geistigen Behinderungen auf vielfältigen Wegen zu helfen und Ihnen eine Wahlmöglichkeit nach der UN-Behindertenrechtskonvention zu bieten.

Ein Mensch mit körperlichen oder geistigen Defiziten kann am besten mit einer auf ihn zugeschnittenen Förderung geholfen werden. Dies gelingt aus Mangel an Lehrkräften und Begleitern, Therapeuten und Fachkräften nicht an Regelschulen. Das Experiment „Inklusion um jeden Preis“ nach dem Vorbild sozialistischer Gemeinschaftsschulen ist nachweislich gescheitert. Die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen stellt unsere bewährten Förder- und Sonderschulen keineswegs in Frage. Die Forderung, behinderten Kindern Teilhabe am Bildungssystem zu garantieren,

ren, ist bereits umfassend und erfolgreich erfüllt. Die ideologisch motivierte Inklusion „um jeden Preis“ verursacht erhebliche Kosten und hemmt behinderte wie nicht behinderte Schüler in ihrem Lernerfolg. Die AfD setzt sich deshalb für den Erhalt der Förder- und Sonderschulen ein. Die Eltern sollen auch weiterhin das Recht haben, ihre Kinder in diese Einrichtungen zu schicken

Externe Beratung

Bei sehr komplizierten und neuen Themen ist es klug, Rat und Tat durch externe Berater und Experten zu holen. Diese externe Expertise ist meistens sehr kostenintensiv. Hier ist darauf zu achten, dass es in wirklich nur speziellen Ausnahmen zu diesem Einkauf kommt. Das interne Personal weist selbst in ihren Bereichen hohe Kompetenzen auf. Diese gilt es zuerst zu nutzen oder durch Weiterbildungsmaßnahmen zu erhöhen.

Beamtenstatus des Bezirkstagspräsidenten

Der Bezirk Oberbayern setzt sich für eine Hauptamtlichkeit der Tätigkeit eines Bezirkstagspräsidenten/ einer Bezirkstagspräsidentin ein und fordert den Freistaat Bayern auf, eine Regelung in der Bezirksordnung zu treffen, dass die Bezirke durch Satzung zwischen Haupt- und Ehrenamt hinsichtlich des Bezirkstagspräsidenten/der Bezirkstagspräsidentin wählen können. Die AfD Fraktion stimmt diesem Vorschlag zu, da der Umfang der Tätigkeit die Hauptamtlichkeit klar begründet. Wie bei den Landräten und Oberbürgermeistern auch, appellieren wir aber daran, dass der Bezirkstagspräsident nicht aus der Mitte der Bezirksräte gewählt wird, sondern mit demokratischen Wahlen durch die Bürgerinnen und Bürger direkt gewählt wird.

Ausblick

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, geehrte Damen und Herren,

als demokratisch gewählte Vertreter der Bürger werden wir uns weiterhin konstruktiv einbringen und dort korrigierend eingreifen, wo es uns geboten erscheint

Wir werden kritisch hinterfragen, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger vertreten und Probleme direkt, offen und ehrlich ansprechen. Immer mit dem Blick auf alle Beteiligten

Wir wünschen uns, dass sich alle Fraktionen von ihren Vorurteilen und parteiischen Diktaten lösen können und sich in der Sache mit uns auseinandersetzen. Ausgrenzung, Hinterzimmer-Politik und polemische Agitation ist unseres Erachtens hier in diesem Hause fehl am Platze.

Die Hilfen müssen bei den Hilfebedürftigen ankommen und dafür sollten wir alle arbeiten.

„Wahre Demokratie lebt vom offenen Dialog und vom offenen Austausch. „Verabredungen“ unter „Kooperationsausschüsse“ und Ausschluss bestimmter Fraktionen, wie der Alternative für Deutschland, verstoßen dagegen. Wir glauben, die Bürger sehen das auch so!“

In diesem Sinne wünschen wir uns Allen viel Erfolg, Gesundheit und eine gute Zukunft! Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Haushaltsrede von Frau Bezirksrätin Gräfin Baudissin-Schmidt (Fraktion FDP)

- Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin,
sehr geehrte Herren Bezirkstagspräsident und Vizepräsident, sehr geehrtes Präsidium,
liebe Kolleginnen und Kollegen Bezirksräte,

das Jahr 2020 hat uns vor enorme Herausforderungen gestellt. Wir mussten unsere Verantwortung als Demokratische Ebene neu definieren und unseren Weg der Umsetzung finden.

Wir mussten für unsere Anspruchsinhaber mit jeder neuen Verordnung neue Wege finden, um ihren Bedürfnissen und Möglichkeiten gerecht werden zu können. Dafür haben wir auch neue

Wege beschritten.

Die Herausforderungen bleiben uns in 2021 erhalten, das Virus und vor allem die politischen Antworten darauf bestimmen unsere Möglichkeiten der Unterstützung und Sicherung. Viele Mitbürgerinnen und Mitbürger fühlen sich durch die Veränderungen nun ebenfalls nicht mehr auf der viel beschworenen `Sonnenseite des Lebens`. Hier stehen wir in der Verantwortung diesen Menschen zur Seite zu stehen.

Wirtschaftlich stehen uns in den kommenden Jahren deutlich weniger finanzielle Möglichkeiten zur Verfügung als wir die letzten Jahre gewohnt waren. Die Umlagekraft, die schon unabhängig von der Corona-Krise nicht mehr so stark war, wird nun deutlich einbrechen. Darauf müssen wir angemessen reagieren.

Die Staatsregierung hat als ein Handlungsmittel die kommunale Haushaltsplanung im Wege der Kreditfinanzierung auch des Verwaltungshaushaltes für einen begrenzten Zeitraum zugelassen.

Dies würde für unsere Bezirklichen Aufgaben bedeuten, dass wir Sozialhilfeansprüche auf Pump bezahlen. Diesen Weg hätten wir als FDP-Fraktion nicht mitgehen können. Wir sind dankbar, dass in der kommunalen Familie gemeinschaftlich beschlossen wurde, dass dieser Weg nicht der richtige sein kann und wir mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf nicht auf dieses Instrument zurückgreifen mussten. Herzlichen Dank dafür an die Kämmerei – Herr Getzlaff – und an Sie, Herr Präsident diese Einigkeit erreicht zu haben. Daher können wir als FDP-Fraktion diesem Haushaltsentwurf zustimmen.

Aber diese Situation zeigt auch deutlich auf, dass es ein Weiter-so in den Aufgabengebieten des Bezirks nicht geben kann. Ein klarer Fokus auf Effizienz und Stringenz in der Aufgabenerfüllung zur Reduzierung von Kosten ist zwingend erforderlich. Hierfür erwarten wir im kommenden Jahr klare Signale und Entscheidungen z.B. durch Einführung eines Prozessmanagements, das sich an diesen Zielen (Effizienz und Stringenz) orientiert. Damit können die ausufernden Kosten der Bürokratie, die keinerlei Mehrwert für die Betroffenen bedeuten, gestoppt werden. Wir erwarten auch durch die Einführung der Pflegestützpunkte und den Ausbau von digitalen Angeboten und Arbeitsabläufen nicht nur eine Vereinfachung der Sachbearbeitung sondern vor allem auch eine neue Form von Nähe und Erreichbarkeit des Bezirks zu seinen Bürgerinnen und Bürger mit Hilfebedarf. Es kann und darf keine Selbstläufer und Automatismen mehr geben. Wir müssen uns erlauben alles neu zu denken, um mit kreativen Lösungen den geänderten Rahmenbedingungen in der Versorgung und Finanzierung gerecht werden zu können.

Diese Erwartungen werden wir in den kommenden Jahren auch im Rahmen des Projekts Bezirk 2030+ intensiv und kreativ mit Lösungsvorschlägen einfordern um unseren Beitrag für eine tragfähige Versorgung innerhalb der kommunalen Familie für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger zu sichern.

Für diese herausfordernde Zeit wünsche ich uns allen viel Kraft und Zuversicht, allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern eine gesegnete Weihnacht im Kreise seiner/Ihrer Lieben und für das kommende Jahr einen Aufbruch in eine hoffnungsvolle Zeit der Veränderungen und damit verbundenen Chancen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit im vergangenen Jahr darf ich mich herzlich bedanken und hoffe, dass wir uns alle im kommenden Jahr den gestellten Aufgaben mit viel Elan und Kreativität gemeinsam stellen und so zu den besten Lösungen kommen.

Herzlichen Dank.

Haushaltsrede von Herrn Bezirksrat Prof. Dr. Weber (Fraktion Die Linke)

- Es gilt das gesprochene Wort –

Fortschrittliche, soziale und demokratische Politik.

Gegen das Beharren auf dem „weiter so“.

I

Bei den letzten zwei Haushaltsreden bin ich jeweils vom Präsidenten auf unsanfte Art und Weise unterbrochen worden. Deshalb werde ich mich heute so kurz fassen, dass ich gar nicht erst unterbrochen werden muss.

II

Was ist in diesem Jahr passiert? Wir haben als aktiv arbeitende Partei erlebt, wie wir in Sachfragen, die durchaus unterschiedlich beurteilt werden können, einzig und allein die Macht der Mehrheit (verkörpert durch den Kooperationsausschuss und die ihn tragenden Parteien, allen voran der Bezirkstagspräsident), wie wir also in Sachfragen gar nicht erst gehört werden. Schweigen und Ablehnung unserer Anträge schlägt uns entgegen; wenn es dem Präsidenten passt, schaltet er das Mikrofon ab oder stellt einen Geschäftsordnungsantrag, der laut Geschäftsordnung gar nicht gestellt werden kann. Selbst beim Antrag zur Verbesserung der Lage behinderter Menschen in Bezug auf die Mobilitätshilfe haben SPD und Freie Wähler im Sozialausschuss ihre Nibelungen-treue zur Kooperation mit der CSU bewiesen und dagegen gestimmt. Nur der Courage des Kollegen Loy und der Kollegin Kriegl war es zu verdanken, dass der Antrag eine Mehrheit fand. Von der Kollegin Hoffmann müssen wir uns vorwerfen lassen, die meisten unserer Anträge und Anfragen hätten „keine nachvollziehbare Substanz“ und wir machten der Verwaltung „unendlich viel Mehrarbeit“. Behauptungen, für die sie jeden Beleg schuldig bleibt. Sehr geehrte Kollegin: Nicht wenige hier im Raum haben mir versichert, dass sie die Anfragen mit großem Gewinn lesen würden. Weil wir das, was die Verwaltung tut, in Frage stellen – und das ist unsere Aufgabe als gewählte Mandatsträger_innen – haben wir Fragen, die nicht selten aufdecken, was gerne zugedeckt bleiben soll. Wer nichts tut, Frau Hofmann, macht auch keine Fehler. Wenn Sie jedoch ihre Beteiligung an der großen Koalition mit CSU und Freien Wählern im Bezirkstag als „konstruktive Oppositionsarbeit“ verkaufen wollen, dann wird die nächste Ausgabe des DUDEN das Wort *Opposition* völlig neu definieren müssen.

III

Der Kulturausschuss des Bezirks hat sich nicht dazu durchringen können, Millionären und Kirchen bei der Renovierung ihres Denkmals abzuverlangen, dass sie diese selbst bezahlen. In seiner letzten Sitzung hat er beschlossen, einem millionenschweren Bauunternehmer Zuschüsse angedeihen zu lassen und Kirchenstiftungen und Pfarrgemeinden Zuschüsse zu gewähren. Das Erzbistum München-Freising besitzt mehr als sechs Milliarden Euro Vermögen. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, einer Institution, die seit Jahrzehnten verschleiert, dass und wie sie Kinder missbraucht und nicht bereit ist, die Straftäter der staatlichen Gewalt auszuliefern; es kann nicht unsere Aufgabe sein, diese Kirche, der immer mehr Menschen den Rücken kehren, Zuschüsse hinterherzuschmeißen. Vielmehr sollte sich der Bezirk aufraffen und Kardinal Marx auffordern, die gehorteten Milliarden nach unten in seine Pfarrgemeinden zu verteilen. Und wenn die ersten fünf Milliarden für den Denkmalschutz verbraucht sind, können wir gerne über weitere Zuschüsse diskutieren.

IV

Was im Bezirkstag unter INKLUSION verstanden wird, zeigt die Beschlussvorlage unserer Verwaltung bezüglich eines zeitlich behindertenfreundlichen Beginns der Sozialausschuss-Sitzungen: Den Verwaltungsmitarbeitern wäre nicht zuzumuten, mittags oder später noch zu einer Sitzung zu erscheinen – den Menschen mit Behinderung jedoch, die kommen wollen, kann durchaus aufgebürdet werden, um fünf Uhr morgens aufzustehen, um teilzunehmen. Sollte der Bezirkstag heute dieser Verwaltungsvorlage zustimmen, zeigt er, dass die Mehrheit immer noch nicht verstanden hat, was Inklusion bedeutet. Was die Behindertenpolitik des Bezirks angeht, so stellen wir fest: Behinderte Menschen, die selbstbestimmt leben wollen, werden gedemütigt, schikaniert, drangsaliert und durch die Sozialverwaltung als Bittsteller abgefertigt. Uns vorliegende Sozialgerichtsurteile sowie Bescheide zeigen, dass der Bezirk Oberbayern noch immer nicht verstanden hat, was Teilhabe bedeutet. Die Aussage des CSU-Landrats Karmasin, der das Bundesteilhabegesetz als „unsinnig“ bezeichnet, zeigt sehr deutlich, dass heute wieder eine Ausgrenzung behinderter Menschen aus dem gesellschaftlichen Leben gefordert werden kann, ohne dass dem, der solch menschenunwürdige Aussagen tätigt, der Rücktritt von seinem öffentlichen Amt nahegelegt würde. Aus

den Reihen der CSU war kein Aufschrei gegen ihren behindertenfeindlichen Parteikollegen zu hören.

V

Die Fraktion der *LINKEN* wird dem Haushalt für das Jahr 2021 nicht zustimmen. Diese Nicht-Zustimmung hat nichts mit der soliden und gewissenhaften Arbeit der Kämmerei zu tun. Sie ist einzig Ausdruck dessen, wie wenig der Präsident und sein ihm untertänig zustimmender Kooperationsausschuss Sachpolitik zu machen gewillt sind: reaktionär, was die Entscheidungen im Kulturausschuss betrifft; unsozial und menschenfeindlich, was den Umgang mit behinderten Menschen betrifft; undemokratisch, was die Vorgehensweise mit unliebsamen Anträgen und Wortmeldungen betrifft.

Wir werden weiterhin unbequem und unangenehm sein: weil wir Veränderungen wollen, die den Bezirk fortschrittlicher, sozialer und demokratischer machen würden – gegen diejenigen hier im Saal, die wollen, dass alles beim Alten bleibt.

Haushaltsrede von Herrn Bezirksrat Weber (Bayernpartei)

- Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin,
sehr geehrtes Präsidium,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchte ich den Dank der Bayernpartei Bezirksräte gegenüber der Kämmerei, namentlich Frau Hirschhuber und Herrn Getzlaff für die Vorstellung des Haushalts ausdrücken. Wie immer wurden wir kompetent informiert. Rückfragen zum Rekordhaushalt von über 2 Milliarden Euro wurden bestens beantwortet.

Die Haushaltsdebatte findet in einer schwierigen Zeit statt.

In den vergangenen Jahren haben wir den Haushalt abgelehnt und dies nicht weil wir nicht die Sinnhaftigkeit vieler Maßnahmen erkannt haben, sondern vielmehr weil unserer Meinung nach dem Bezirk Oberbayern Ausgaben zugemutet wurden, die andernorts beschlossen wurden. Als ein Beispiel von vielen sei hier nur auf die Kosten für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge verwiesen. Dabei stellen wir nicht die Maßnahmen als solche in Frage, sondern fordern nur das Konnexitätsprinzip ein. Diejenige staatliche Ebene die Kosten beschließt muss diese auch erbringen und nicht wie in unserem Fall auf die Bezirke abwälzen.

Die Ausgaben des Bezirks im Sozialbereich steigen wieder deutlich an, was aber aufgrund der deutlich gestiegenen Aufgabenfelder, verbunden mit den steigenden Personalkosten verständlich ist.

Wie schon erwähnt sind wir aufgrund der Pandemie in einer schwierigen Situation. Deshalb ist für uns auch die moderate Erhöhung der Bezirksumlage ein folgerichtiger Schritt. Dabei ist positiv zu vermerken, dass es die Landräte waren, die eine Erhöhung in die Diskussion eingebracht haben. Dies zeigt auch eine in weiten Teilen gute Zusammenarbeit zwischen dem Bezirk Oberbayern und den oberbayerischen Landkreisen.

Besonders wichtig erscheint uns, dass im Verwaltungshaushalt keine Schulden aufgenommen werden. Es wäre ein Unding, wenn Sozialleistungen über Schulden finanziert werden müssten. Dies wäre für uns eine rote Linie, die wir nicht überschreiten könnten.

Gerade aber in diesen problematischen Zeiten ist es wichtig ein möglichst geschlossenes Bild als Bezirk Oberbayern zu geben. Besonders auch, um den leider immer mal wiederkehrenden Agitationen gegen die bayerischen Bezirke entgegen zu treten. Gäbe es die Bezirke nicht, müsste man sie erfinden.

Die Bezirksräte der Bayernpartei werden dem aktuellen Haushalt zustimmen. Nicht weil wir mit allem einverstanden wären, sondern weil wir vielmehr das Bemühen anerkennen die sozialen Aufgaben des Bezirks zu erfüllen. Und gerade in der jetzigen Lage wollen wir ein Bild der Geschlossenheit liefern, damit die Bürger Oberbayerns auf sichere soziale aber auch auf kulturelle Leistungen des Bezirks zählen können.

Ich wünsche Ihnen allen ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest, besonders aber ein gutes und vor allem gesundes neues Jahr!

Haushaltsrede von Herrn Bezirksrat Raschke (Fraktion ÖDP)

- Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrter Herr Präsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Parteien,
meine Damen und Herren,

die Vorbesprechungen und Beratungen des Haushalts stand schon unter dem Schatten des Vorhaushalts. Bereits im Vorjahr 2019 hatten wir Bedenken geäußert, die damals in so genannten "guten Zeiten" großzügig vorhandenen Rücklagen für Wahlkampfmanöver zu reduzieren, um dann die nun anstehenden "schlechten Zeiten" mit unerwartetem Virus, höheren Ausgaben und massiven Haushaltsproblemen in der Zukunft mit Sorgenfalten in der Stirn zu erwarten.

Unser Dank für den Haushalt geht an alle Mitarbeitenden in der Verwaltung, die an der Aufstellung des vorliegenden Plans mitgewirkt haben. Besonders Ihnen, sehr geehrter Herr Getzlaff, sind wir für Ihre Zeit dankbar, in der sie intensiv und freundlich erklärend die Einzelpläne aufgeschlüsselt haben.

Die nun kommende leichte Anhebung der Bezirksumlage als zentralem Parameter des Haushaltes ist unumgänglich und fiel im Vergleich zu den Kostensteigerungen aus unserer Sicht moderat aus, was Fingerspitzengefühl für in Bedrängnis befindliche Kommunen zeigt, jedoch für die Zukunft das dicke Ende aufspart, doch dazu später mehr.

Der Haushaltsentwurf zeigt wieder, wie sehr die Bezirke auf eine verlässliche eigene Einnahme angewiesen wären, Sonntagsreden auf dem Bezirkstag helfen da nicht weiter. Vielleicht sollte bei diesem Thema, wie auch im Plenum, eine intensivere Streitkultur auch mit dem Land Bayern aufgenommen werden, das sich öffentlich für die Bezirke nur in PR-wirksamen absurden Aufspaltungsideen zu Selbstdarstellungszwecken einschlägiger Protagonisten zu interessieren scheint.

Vielleicht ist das auch einer der Gründe für die mangelnd vorhandene Presse, denn wo nicht gehobelt wird, interessiert sich keiner für die Späne. Oder liegt vielleicht daran, dass mehrere Millionen in ein paar Minuten durchgewunken werden, während man nolens volens ganze Sitzungen mit Flyerdiskussionen verbringt?

Es wäre für den Bezirk eminent wichtig, einer breiten Bevölkerung gegenüber bekannter zu werden, damit die elementar wichtige Arbeit des Bezirks und der Mitarbeitenden sowohl mehr Würdigung erfährt, als auch das zentrale Thema der Inklusion und Integration in die öffentliche Präsenz und den öffentlichen Diskurs inkludiert wird. Hier wäre speziell für die LH München auch der Dialog aufzunehmen, inwieweit die Begrifflichen Überschneidungen mit Stadtteilparlamenten nicht reduzierbar wären.

2020 ist ein verrücktes und für diverse Bezirkstätigkeiten besonders in der Kultur trauriges Jahr, und so wird auch 2021 ein schwer zu bewertender Haushalt, der einerseits so tut, als ob es quasi normal weiterginge und nur minimale Sparanpassungen zeigt, andererseits vielleicht gerade dadurch besticht, da diese Krise nicht wie andere ist und viele Variablen unbekannt sind.

Freuen wir uns also auf die Ex-Post-Betrachtung dieses Haushalts in den kommenden Jahren. Aber wir werden sehen und meine Vorredner:innen haben die Herausforderungen schon ausreichend dargestellt, denen sich der Bezirk Oberbayern in den kommenden Jahren stellen muss, nichtsdestotrotz richten wir kurz den Scheinwerfer auf ein paar Aspekte, die uns wichtig sind:

BTHG

Die Entnahme aus der allgemeinen Rücklage war der Neuausrichtung der Eingliederungshilfe im BTHG und dem Inkrafttreten des Angehörigen-Entlastungsgesetzes begründet, finden wir gut, dass das mit deutlich weniger Reibungseffekten funktioniert hat, als zu befürchten war. Die Selbstbestimmung wurde so erhöht und die Belastung der Familien gesenkt, die so oft so extrem harte Leistungen für ihre Angehörigen erbringen.

Gesundheit und Soziales

Besonders freuen wir uns, dass der Krisendienst Psychiatrie im kommenden Jahr flächendeckend in ganz Bayern verfügbar sein wird. Wenn ab Februar 2021 die bayernweite einheitliche Rufnummer zur Verfügung steht, wird der Krisendienst auch in der Öffentlichkeit wieder stärker beworben, was sich auf den Bekanntheitsgrad des Bezirks mit Sicherheit positiv auswirken wird.

Personal

Wir freuen uns, dass einige der lange offenen Stellen kompetent besetzt werden konnten, wissen aber nicht, ob es sinnvoll ist, bei den Auszubildenden vermehrt auf Beamte zu setzen, welche in der Zukunft den Bezirk deutlich teurer kommen, obwohl die Notwendigkeit des Beamtentums nur in einem geringen Teil der Bezirkstätigkeit zu rechtfertigen ist.

Es wäre angesichts der schwierigen Haushaltslage zu analysieren, inwieweit Aushängeschilder mit eigenen Einnahmen durch Gutachten wie die Imkerei, Forst- und Fischerei-Beratung personell gestärkt und entlastet werden können, wir werden das im kommenden Jahr genauer beleuchten,

Klimaschutz und Artenschutz – kein Luxus, sondern zentrale Aufgabe

Wenn kein Geld da ist, muss man Rahmenbedingungen setzen, die wenig Kosten - eine vertane Chance ist hier unser Antrag zu Ausschreibungen mit veganem Essen, dessen Ablehnung wir weder finanziell noch inhaltlich in irgendeiner Form nachvollziehen konnten und können. Daher werden wir hier weiter mit Argusaugen draufschauen und das Thema weiter verfolgen, wenn weniger Geld da ist, muss es besser verwendet werden und hier sehen wir einen klaren Fokus beim Ziel der Klimaneutralität des Bezirks, gerade bei den diversen Bauprojekten werden wir hier ein Auge draufhaben. Die Klimakrise erlaubt allerdings keinen Aufschub. Hier begrüßen wir, dass das Thema immerhin rhetorisch angekommen ist.

Bauwesen

Das Thema Baumaterial haben wir im Sommer auf die Tagesordnung gesetzt, im Wissen, dass das etwas kosten wird. Im Hinblick auf dringend benötigte Baumaßnahmen wie die Johann-Nepomuk-von-Kurz-Schule erhoffen wir, dass diese Initiative von uns gleich zur Anwendung kommt – wir sind gespannt auf die Diskussionen..

Harmonie

In diesem Sinne, lieber Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen sie uns weiter um die besten Ideen ringen und dann gemeinsam an einem Strang ziehen.

Wir von der Ausschussgemeinschaft ÖDP und Tierschutzpartei werden dem Haushalt zustimmen. Wir halten ihn im Großen und Ganzen für solide, was allerdings dem Konstrukt der Finanzierung geschuldet ist, das uns hier auch als budgetberechtigtes Gremium inhaltlich „kastriert“, da die Umlagesituation weder ein vernünftiges Sparwesen, noch eine langfristige Finanzplanung erlauben, das kann man ändern und muss eben - wie es hier geschieht - das Beste daraus machen.

Wo wir in einzelnen Sachfragen anderer Meinung sind, werden wir dies also weiter in den Ausschüssen und im Plenum durch Wortmeldungen, Anträge und durch unser Abstimmungsverhalten dokumentieren.

Nehmen Sie mir die Forderung nach einer Streitkultur nicht übel, das zeigt nur, dass wir uns hier gut aufgehoben, und integriert fühlen. Gemeinsam wollen wir den Bezirk voranbringen - ohne über alles Schokolade gießen wollen, denn bei manch einer Schokolade fällt einem bei näherer Betrachtung die Farbe negativ auf.

Wir sind uns sicher, dass es dem Bezirk trotz aller Schwierigkeiten gelingen wird, 2021 seinen Aufgaben vollständig nachzukommen und sich darüber hinaus neue Ziele zu setzen in den Bereichen Inklusion, Barrierefreiheit und Nachhaltigkeit.

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, herzlichen Dank! Ihnen allen gesegnete Weihnachten und ein gutes neues Jahr!

Markus P. Raschke (ÖDP)
für die Ausschussgemeinschaft ÖDP-TP

Beschluss:	1. Für das Haushaltsjahr 2021 wird den Festsetzungen im Verwaltungshaushalt mit Einnahmen und Ausgaben von 2.195.100.000,00 € sowie im Vermögenshaushalt mit Einnahmen und Ausgaben von 53.490.000,00 € zugestimmt. 2. Dem Finanzplan 2020 bis 2024 mit dem zugrunde liegenden Investitionsprogramm wird zugestimmt. 3. Den Festsetzungen im Wirtschaftsplan 2021 des Kultur- und Bildungszentrums Kloster Seeon mit dem Finanzplan und dem Investitionsprogramm für die Jahre 2020 bis 2024 wird zugestimmt. 4. Den Festsetzungen im Wirtschaftsplan 2020/2021 der Bezirksgüter Haar, Gabersee und Taufkirchen (Vils) mit dem Finanzplan und dem Investitionsprogramm für die Jahre 2020 bis 2024 wird zugestimmt. 5. Dem Stellenplan des Bezirks Oberbayern für das Haushaltsjahr 2021 wird zugestimmt. 6. Der Hebesatz der Bezirksumlage wird für das Haushaltsjahr 2021 auf 21,70 v.H. festgesetzt. 7. Die Haushaltssatzung 2021 wird beschlossen. mehrheitlich angenommen Nein 2
-------------------	--

TOP 3 Umstrukturierung IT

Die IT des Bezirks Oberbayern GmbH erbringt derzeit IT-Managementleistungen für den Bezirk und kbo und verantwortet die gesamte IT einschließlich der operativen Aufgaben. Organisatorisch ist die IT jedoch derzeit noch in drei Organisationen aufgeteilt: die strategischen Managementaufgaben sind in der GmbH angesiedelt, die operativen Aufgaben sind überwiegend den IT-Abteilungen in Bezirk und kbo zugeordnet, die jedoch von der GmbH gelenkt werden.

Sämtliche Aufgaben der IT sollen nun in der GmbH zusammengeführt werden, so dass die GmbH künftig in einer einheitlichen Organisation alle IT-Dienstleistungen erbringen kann. Der aktuelle Gesellschaftszweck Managementleistungen muss dazu erweitert und auf alle IT-Leistungen ausgedehnt werden.

Beschluss:	Der Bezirkstag beschließt die Änderung des Gesellschaftsvertrags der IT des Bezirks Oberbayern GmbH.
	mehrheitlich angenommen Nein 1

TOP 4 Neuerlass der Geschäftsordnung des Bezirkstags von Oberbayern

Die Geschäftsordnung des Bezirkstags von Oberbayern soll aktualisiert werden, u.a. soll in die Geschäftsordnung eine Regelung zur Fertigung von Bild- und Tonaufnahmen während Sitzungen aufgenommen werden.

Bezirksrat Weber zieht seinen Antrag aus TOP 15 zurück, da vieles in TOP 4 bereits umgesetzt wurde.

Beschluss:	Der Bezirkstag beschließt die Geschäftsordnung des Bezirkstags von Oberbayern vom 10.12.2020 und beauftragt die Verwaltung mit der Veröffentlichung.
	mehrheitlich angenommen Nein 6

TOP 5 Änderung der "Richtlinien für das Prüfungswesen" des Bezirks Oberbayern

Aufgrund der Einführung der „beratenden und begleitenden Rechnungsprüfung“ und der Einführung des digitalen Sitzungsmanagementsystems (Ratsinformationssystem) ist eine Änderung der Prüfungsrichtlinien notwendig.

Beschluss:	Der Bezirkstag beschließt die Neufassung der „Richtlinien für das Prüfungswesen des Bezirks Oberbayern“ in der vorgelegten Fassung. Die Richtlinien treten ab 01.01.2021 in Kraft.
	mehrheitlich angenommen Nein 1

TOP 6 Aktualisierung Förderrichtlinien

Die Förderrichtlinien sollen überarbeitet und aktualisiert werden, Unklarheiten bei Regelungen sollen beseitigt werden.

Beschluss:	Der Bezirkstag beschließt, die Richtlinie zur Vergabe von Zuwendungen des Bezirks Oberbayern (ZwRichtlBez), zuletzt geändert mit Beschluss des Bezirkstages vom 20.07.2017, entsprechend dem Verwaltungsvorschlag zu aktualisieren.
	einstimmig angenommen

TOP 7 Überschreitung des geplanten Defizites 2020 bei Kloster Seeon, Kultur- und Bildungszentrum des Bezirks Oberbayern

Aufgrund der massiven Umsatzeinbrüche infolge der pandemiebedingten Betriebsschließungen und Stornierungen werden das tatsächliche Gesamtdefizit und das tatsächliche operative Defizit die Planwerte überschreiten. Nachdem die Lage angespannt bleibt und die weitere Entwicklung nicht vorhersehbar ist, empfiehlt die Verwaltung, den mit Wirtschaftsplan 2020 genehmigten operativen Verlust um den Betrag von 481.000 € auf 1.617.000 € anzuheben. Das Gesamtdefizit würde sich entsprechend auf 2.755.400 € erhöhen.

Beschluss:	Der Bezirkstag stimmt einer Erhöhung des Gesamtdefizites 2020 und des operativen Defizites 2020 um einen Betrag von 481.000 € zu. Der operative Verlust erhöht sich von 1.136.000 € auf 1.617.000 €, das Gesamtdefizit erhöht sich von 2.274.400 € auf 2.755.400 €.
	Der Bezirkstag stimmt der Deckung der zu erwartenden Mehrausgaben durch eine Entnahme aus der allgemeinen Deckungsreserve in Höhe von 200.000 € im Haushaltsjahr 2020 sowie im Vorgriff auf den Haushaltsplan 2021 in Höhe von 281.000 € im Haushaltsjahr 2021 zu.
	einstimmig angenommen

TOP 8 Hauptamtliche Tätigkeit des Bezirkstagspräsidenten/der Bezirkstagspräsidentin

Der Bezirkstag berät darüber, sich gegenüber dem Bayerischen Bezirkstag und dem Bayerischen Landtag für eine hauptamtliche Tätigkeit des Bezirkstagspräsidenten bzw. der Bezirkstagspräsidentin als Teilziel im Projekt Bezirk 2030+ einzusetzen.

Bezirksrat Münster stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Direktwahl des Bezirkstagspräsidenten/Bezirkstagspräsidentin. Der Antrag wird mit 39 Gegenstimmen abgelehnt.

Beschluss:	Der Bezirk Oberbayern setzt sich für eine Hauptamtlichkeit der Tätigkeit eines Bezirkstagspräsidenten/ einer Bezirkstagspräsidentin ein und fordert den Freistaat Bayern auf, eine Regelung in der Bezirksordnung zu treffen, dass die Bezirke durch Satzung zwischen Haupt- und Ehrenamt hinsichtlich des Bezirkstagspräsidenten/der Bezirkstagspräsidentin wählen können. Die Bezirksverwaltung wird beauftragt, einen entsprechenden Beschluss der Vollversammlung beim Bayerischen Bezirkstag herbeizuführen bzw. den Vorschlag im Bayerischen Landtag einzubringen.
	mehrheitlich angenommen
	Nein 5

TOP 9 Beteiligungsbericht Klinische Beteiligungen - Geschäftsjahr 2019

Der Bezirk Oberbayern ist gem. Art. 80 Abs. 3 BezO gesetzlich verpflichtet jährlich einen Bericht über seine Beteiligungen an Unternehmen in einer privaten Rechtsform zu erstellen, wenn ihm mindestens der zwanzigste Teil der Anteile eines Unternehmens gehört. Zur umfassenden Information beinhaltet der vorliegende Bericht nicht nur das oben betreffende „Behandlungszentrum Kempfenhausen für MS Kranken gGmbH“, sondern auch kbo, den Krankenhauszweckverband Ingolstadt und das Zentrum für Kinder und Jugendliche Inn-Salzach e.V..

Beschluss:	Der Bezirkstag nimmt vom Beteiligungsbericht für die klinischen Beteiligungen des Geschäftsjahres 2019 Kenntnis.
	zur Kenntnis genommen Nein 5

TOP 10 Patientenfürsprache in den kbo Kliniken des Bezirks Oberbayern; Neufassung der Satzung

Der Bezirkstag von Oberbayern berät die Neufassung der Satzung über die Patientenfürsprache an den Kliniken des Bezirks Oberbayern - Kommunalunternehmen (kbo). Insbesondere wird der Zeitraum für die Bestellung der Patientenfürsprecherinnen und Patientenfürsprecher von zweit auf drei Jahre verlängert.

Beschluss:	Der Bezirkstag beschließt die Satzung über die Patientenfürsprache in den Kliniken des Bezirks Oberbayern - Kommunalunternehmen (kbo) in der Fassung vom 30.07.2020, Inkrafttreten zum 01.01.2021.
	einstimmig angenommen

TOP 11 Antrag der Fraktion der AfD vom 08.07.2020: Moratorium Mobilfunktechnik 5G

Der Bezirkstag berät über den Antrag der Fraktion der AfD vom 08.07.2020 zum Moratorium Mobilfunktechnik 5G.

Beschluss:	Der Bezirkstag lehnt den Antrag der Fraktion der AfD vom 08.07.2020 ab.
	mehrheitlich angenommen Nein 6

TOP 12 Antrag 26 der Fraktion der Linken vom 05.08.2020: Rückführung der kbo-Service-GmbH

Der Bezirkstag berät darüber, ob er sich mit dem Antrag der Linken vom 05.08.2020 zur Rückführung der kbo-Service-GmbH befasst.

Beschluss:	Der Bezirkstag beschließt, sich nicht mit dem Antrag der Linken vom 05.08.2020 zu befassen. Der Antrag ist damit erledigt.
	einstimmig angenommen

TOP 13 Antrag 27 der Fraktion der Linken vom 05.08.2020: Anwendung des TVöD für Klinikgesellschaften

Der Bezirkstag berät darüber, ob er sich mit dem Antrag der Linken vom 05.08.2020 zur Anwendung des TVöD für alle Beschäftigten kbo-Kliniken und der Beteiligungsgesellschaften sowie Töchter und deren Beteiligungsgesellschaften befasst.

Beschluss:	Der Bezirkstag beschließt, sich nicht mit dem Antrag der Linken vom 05.08.2020 zu befassen. Der Antrag ist damit erledigt.
	mehrheitlich angenommen Nein 17

TOP 14 Antrag der Fraktion der AfD vom 10.08.2020: Moratorium E-Mobilität in den Institutionen des Bezirks Oberbayern

Der Bezirkstag berät über den Antrag der Fraktion der AfD vom 10.08.2020 zum Moratorium E-Mobilität in den Institutionen des Bezirks Oberbayern.

Beschluss:	Der Bezirkstag lehnt den Antrag der Fraktion der AfD vom 10.08.2020 ab.
	mehrheitlich angenommen Nein 9

TOP 15 Antrag der Fraktion der Linken vom 03.09.2020: Bild- und Tonaufnahmen

Der Antrag wurde unter TOP 4 zurückgenommen.

Beschluss:	Antrag zurückgenommen
-------------------	------------------------------

TOP 16 Antrag der Fraktion von B90/Die Grünen vom 11.10.2020: Gremienbesetzung

Die Fraktion B 90/Die Grünen hat mit Antrag vom 11.10.2020 Änderungen in der Besetzung des Fachausschusses für Umweltschutz und Fischereiwesen des Bayerischen Bezirkstages und der Verbandsversammlung des Krankenhauszweckverbands Ingolstadt beantragt.

Beschluss:	1a) Der Bezirkstag beschließt, Frau Gina Merkl als ordentliches Mitglied und Herr Georg Buchwieser als ihre Stellvertretung im Fachausschuss für Umweltschutz und Fischereiwesen des Bayerischen Bezirkstages abzurufen. 1 b) Der Bezirkstag bestellt im Fachausschuss für Umweltschutz und Fischereiwesen des Bayerischen Bezirkstages Herrn Georg Buchwieser als ordentliches Mitglied und Frau Gina Merkl als seine Stellvertretung. 2a) Der Bezirkstag beschließt, Frau Petra Tuttas als Stellvertretung für Herrn Dr.
-------------------	--

	Anton Speierl in der Verbandsversammlung des Krankenhauszweckverbands Ingolstadt abzurufen. 2b) Der Bezirkstag bestellt in der Verbandsversammlung des Krankenhauszweckverbands Ingolstadt Frau Otilie Eberl als Stellvertretung für Herrn Dr. Anton Speierl. einstimmig angenommen
--	--

TOP 17 Anträge der Fraktion der Linken vom 15.10. 2020 und der Fraktion der AfD vom 20.10.2020: Zuschuss für den Volksbund deutscher Kriegsgräberfürsorge

Aus der Mitte des Plenums kam die Anregung, den Antrag der Linken vom 15.10.2020 im Ausschuss für Kultur, Schulen und Museen zu behandeln. Bezirksrat Weber stellte den Antrag auf Verweisung des Antrags. Bezirksrätin Neubauer möchte im Protokoll festgehalten haben, dass der Antrag von Bezirksrat Weber formell nicht behandelt wurde.

Redaktionelle Anmerkung: Da der Bezirkstag beschlossen hat, sich mit dem Antrag der Linken nicht zu befassen, war über eine Verweisung in den Ausschuss nicht mehr abzustimmen.

Beschluss:	a) Der Bezirkstag beschließt, sich nicht mit dem Antrag der Linken vom 15.10.2020 zu befassen. b) Der Bezirkstag beschließt, sich nicht mit dem Antrag der AfD vom 20.10.2020 zu befassen. mehrheitlich angenommen	Nein 30
-------------------	---	----------------

TOP 18 Antrag 33 der Fraktion der Linken vom 20.10.2020: Verlegung Beginn Sozialausschuss

Bezirksrätin Neubauer appelliert an den Bezirkstagspräsidenten, dass der Beginn der Ausschüsse um 13:00 Uhr sein soll. Der Bezirkstagspräsident bietet an, dieses Thema nochmals mit der Verwaltung unter Einbeziehung der Sachverständigen zu besprechen.

Beschluss:	Der Bezirkstag beschließt, sich wegen seiner Unzuständigkeit nicht mit dem Antrag der Linken vom 20.10.2020 zu befassen. mehrheitlich angenommen	Nein 8
-------------------	--	---------------

TOP 19 Antrag der Fraktion der Linken vom 19.11.2020: Missbilligung Landrat Karmasin

Der Bezirkstag berät darüber, ob er sich mit dem Antrag der Linken vom 19.11.2020 zu einem Pressebericht über eine Aussage von Landrat Karmasin befasst.

Beschluss:	Der Bezirkstag beschließt, sich nicht mit dem Antrag der Linken vom 19.11.2020 zu befassen.
-------------------	---

	mehrheitlich angenommen	Nein 24
--	--------------------------------	----------------

TOP 20 Bekanntgaben und Sonstiges

Frau Gräbsch informiert das Gremium über den Zwischenstand zum Antrag der Linken vom 20.11.2020. Es ist eine umfassende Klärung der Zuständigkeiten nötig.

Bezirksrat Münster möchte den Inhalt von § 26 und 27 der Geschäftsordnung nochmals mit den Fraktionsvorsitzenden besprechen.

Beschluss:	Es wurde kein Beschluss gefasst.
-------------------	---

Um 11:52 Uhr schließt Bezirkstagspräsident Josef Mederer die öffentliche Sitzung.

Josef Mederer
Bezirkstagspräsident

Angelika Ewerhardy
Protokollführung